Nr. 222 Halle a. S., Donnerstag den 22. September 1910 21. Jahrg.

Erscheint täglich, nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. pränumer., frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezogen, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Halle a. S.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhren der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Klare Entscheidung!

Reformistische oder revolutionäre Taktik?

k. r. Magdeburg, 20. September.

Unter allgemeiner Spannung der Delegierten, wie der in großer Zahl erschienenen Zuhörer begannen am Dienstag morgen auf dem Parteitage die Erörterungen über die Budgetfrage und den badischen Disziplinbruch. Lautlose Stille herrschte, als Bebel die Rednertribüne betrat, um das einleitende Referat zu halten. Bevor er das Wort ergriff, gab der Vorsitzende Genosse Dietz bekannt, daß zu den bereits vorliegenden Resolutionen noch eine mit zahlreichen Unterschriften eingegangen sei, die aussprich, daß jeder, der der Nürnberger Budgetresolution zuwider handelt, sich damit selbst außerhalb der Partei stellt.

Landtagsabgeordneter Keil suchte das Verteidigungsrecht der Süddeutschen sicherzustellen, indem er sowohl einen Korreferenten, wie ein Schlußwort für sie beanspruchte. Etwas, was den Süddeutschen sofort zugestanden wurde. Bebel und Frank haben dann jeder mit einem zweistündigen Referat die Vormittagssitzung ausgefüllt. Bebel sprach sehr glücklich, trotzdem die Aufgabe, die er sich gestellt, seine Kräfte ersichtlich bis zum äußersten angriff. Bei seinen temperamentvollen Aufrufen, den beißenden Sarkasmen und scharfen Tadelsnoten, die stürmische Beifallskundgebungen auch auf den Tribünen entfesselten, erhob er sich zur alten Höhe seines Könnens. Es klang, als ob er der Partei ein Vermächtnis, eine Garantie für die Erhaltung ihres höchsten Gutes hinterlassen wollte: ihrer Einheit und Geschlossenheit, als er mit markiger Stimme das Amendement verlas, das aussprich, daß es nur eine sozialdemokratische Partei in Deutschland gibt, und daß der Parteitag die höchste Instanz ist, dessen Beschlüssen sich die ganze Partei zu fügen hat! Trotz der schärfsten Worte, die er gegen die badischen Budgetbewilliger fand, blieb er streng im Rahmen der Sache. —

In gleicher Weise tat dies auch Genosse Frank in seinem Korreferat. Beide haben die Diskussion in den Bahnen geführt, in denen überhaupt nur eine kameradschaftliche Diskussion möglich ist. Aber man hatte das Empfinden, daß Bebel sehr wenig Freunde der Süddeutschen und umgekehrt Frank ebensowenig von seinen Gegnern überzeugt hat. Und manche mochten wohl auch das Gefühl haben, daß beide die Frage nicht in ihrer ganzen grundsätzlichen Bedeutung aufgerollt hatten. Ihre grundsätzliche Bedeutung erschöpft sich sicher nicht in der Beurteilung des Einzelfalles der badischen Budgetbewilligung, sie wurzelt in der Grundverschiedenheit der Ansichten darüber, durch welche Mittel und Wege und auf Grund welcher Entwicklung die Partei überhaupt zur Macht und zu ihrem letzten Ziele gelangt.

Aus der grundverschiedenen Auffassung hierüber ergibt sich die Gegensätzlichkeit in den Fragen der Taktik von selbst. Und Bebel sprach es auch offen aus, daß er heute zwar absichtlich eine Aussprache darüber nicht herbeiführen wolle, daß aber eine derartige grundsätzliche Aussprache und Klärung in späterer Zeit unumgänglich sei. Möglich, daß die Diskussion die Frage noch an der Wurzel berühren wird, denn durch die rasche Arbeit, die der Parteitag am ersten Tage geleistet hat, hat er einen ziemlichen Vorsprung an Zeit zur Behandlung dieser Frage gewonnen.

Schon während der beiden Referate hatten sich 55 Redner zum Wort gemeldet, unter denen nicht wenige durchaus berufen sind, in den Fragen der Theorie und Taktik ein Urteil zu fällen. — Es ist zu erwarten, daß auch die Debatte, nach dem Beispiel der beiden Referenten, in aller Ruhe und Sachlichkeit geführt wird, und daß die Gegner schwerlich auf ihre Rechnung kommen werden. —

In der Nachmittagssitzung ging es aber doch schon heiß her. Hildenbrand, Kolb, Keil, Wittich u. a. vertraten mit Leidenschaft die Auffassung der Süddeutschen Lipinsky, Zubeil, Fleißner, Haase den radikalen Standpunkt. Besonders Haase sprach mit außerordentlicher Wirkung. Morgen kommen Rosa Luxemburg, Zetkin, Ledebour an die Reihe. Immer kommt abwechselnd von jeder Richtung einer zum Wort.

Um 6 Uhr wurde die Sitzung vertagt.

2. Verhandlungstag. — Vormittagssitzung.

C. B. Magdeburg, 20. September.

Der Vorsitzende Dietz eröffnet die ungeheuer stark besuchte Sitzung kurz nach 9 Uhr. Auf der Tagesordnung steht

die badische Budgetbewilligung.

Vom Parteivorstand und der Kontrollkommission ist hierzu folgende

Resolution

eingegangen:

„Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse der Parteitage zu Lübeck, Dresden und Nürnberg, die von den sozialdemokratischen Vertretern eine grundsätzliche Ablehnung des Gesamtbudgets sowohl im Reiche wie in den Einzelstaaten fordern, weil diese Staaten Klassenstaaten sind, die auf der Klassenherrschaft beruhen und die Aufgabe haben, die bestehende Eigentumsordnung an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Der Staat kann daher den ausgebeuteten Klassen wohl notgedrungen mit kleinen Konzessionen, aber nie mit grundlegenden sozialen Umgestaltungen in der Richtung der Sozialisierung der Gesellschaft entgegenkommen.

Der Parteitag erblickt deshalb in der Bewilligung des Budgets durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten des badischen Landtags eine bewußt herbeigeführte grobe Mißachtung der wiederholt als Richtschnur für ihre parlamentarische Tätigkeit gefaßten Parteitagsbeschlüsse und eine schwere Verfehlung gegen die Einheit der Partei, die nur aufrechterhalten werden kann, wenn alle Parteimitglieder sich den Beschlüssen der Parteitage unterordnen. Die Mißachtung von Parteitagsbeschlüssen ist eins der schlimmsten Vergehen, dessen sich ein Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann.

Der Parteitag spricht infolgedessen den sozialdemokratischen Abgeordneten, die im badischen Landtag das Budget bewilligt haben, die allerschärfste Mißbilligung aus.

Der Parteitag erklärt weiter die Teilnahme an höfischen Zeremonien und monarchischen Loyalitätskundgebungen für unvereinbar mit unseren sozialdemokratischen Grundsätzen und macht den Parteigenossen zur Pflicht, solchen Kundgebungen fernzubleiben.

Parteivorstand und Kontrollkommission."

Zu dieser Resolution haben 200 Delegierte einen Verschärfungsantrag eingebracht, der fordert, ihr am Schlusse hinzuzufügen:

Daß diejenigen Parteigenossen, die diese Resolution zuwiderhandeln, sich ohne weiteres außerhalb der Partei stellen.

Zur Geschäftsordnung beantragt Keil-Stuttgart, einem Vertreter der badischen Landtagsfraktionsmehrheit das Wort nach Bebel als Korreferent zu geben.

Bebel (zur Geschäftsordnung) erklärt das für selbstverständlich. Wenn die badischen Genossen ihren Wortführer schon bestellt hätten, hätten wir ihnen das schon mitgeteilt.

Vors. Dietz: Die Angelegenheit ist erledigt. Das Wort als Referent hat Gen. Bebel.

Bebels Referat.

Genosse Bebel führt zur Begründung der Resolution 90 aus: Als wir vor zwei Jahren die Nürnberger Resolution faßten, die positiv und strikte aus grundsätzlichen Erwägungen die Zustimmung zum Budget verbot, da hoffte ich, daß wir uns nicht so bald wieder mit dieser Frage beschäftigen würden. Es ist anders gekommen; und da die badischen Landtagsabgeordneten diesmal wieder dem Budget zugestimmt haben, so habe ich mich verpflichtet gehalten, dieses Referat zu übernehmen, wenn ich auch aus persönlichen Gründen lieber fern von Madrid geblieben wäre. Wir haben im Eingang unserer Resolution an wiederholte frühere Beschlüsse erinnert, die die Zustimmung zum Budget unbedingt verbieten. Am schärfsten tut das die Dresdener Resolution, die jede Annäherung an die bürgerlichen Parteien untersagt. Und für diese Resolution haben fast alle süddeutschen Delegierten gestimmt, darunter Vollmar, Frank, Kolb, Müller, Segitz, Keil, Lindemann usw. Es ist daher ganz mit Unrecht immer von einem Disziplinbruch der Badener geredet worden. Gewiß haben die badischen Genossen die Disziplin gebrochen, aber sie haben mehr getan: sie haben grundsätzliche Festlegungen der Partei auf drei Parteitagen übertreten, obwohl sie ihnen selbst zugestimmt haben. (Lebh. Beifall.) Parteigenossen! **Wenn man in dieser Weise Parteibeschlüsse mit Füßen tritt, dann macht man allerdings jedes Parteileben unmöglich.** (Stürmischer Beifall.) Selbstverständlich kann die auf dem Parteitag unterlegene Minderheit in Rede und Artikeln ihren Standpunkt verfechten und eine Aenderung der Mehrheitsverhältnisse und Beschlüsse herbeizuführen suchen. Das ist unser „Kadavergehorsam". (Sehr gut!) Aber wenn man auch zehnmal mehr Gründe dafür gehabt hätte, den Parteitagsbeschluß zu brechen, und wenn diese Gründe so richtig gewesen wären, wie sie falsch sind, so hätten Sie doch

keine Rechtfertigung

für Ihren Bruch der Parteiprinzipien. (Lebh. Beifall.) Nun hat man gesagt, dies sei die Folge davon, daß wir die Deklaration der 66 auf dem Nürnberger Parteitag ruhig entgegengenommen haben. Aber wir konnten ja gar nicht dagegen einschreiten. Denn die Erklärung enthielt nur Ansichten, und Ansichten sind frei. Waren doch auf dem Nürnberger Parteitag viel schärfere Ansichten geäußert worden, hatte doch Timm schon erklärt, hier gebe es keine Unterwerfung, nur Widerstand. Schon damals gab David das Stichwort vom verweigerten Kadavergehorsam aus. (Lachen.) Wer solche Reden hält und solche Artikel schreibt wie David, sollte wirklich nicht über Unfreiheit klagen. (Sehr gut!) Wenn der „Kadavergehorsam" in der Armee ebenso beschaffen wäre, da möchten wohl gewisse hohe Herren vor Entsetzen aus der Haut fahren — von ihrem Standpunkt aus mit Recht. (Sehr gut und Heiterkeit.)

Nun sagen unsere badischen Genossen, die Ablehnung des Budgets hätte der Partei ungeheuren Schaden gebracht. Früher hat man davon noch nichts gehört. In dem Rechenschaftsbericht des bayrischen Parteivorstandes von 1898 hieß es ausdrücklich, daß der Verweigerung des Budgets eine Selbstverständlichkeit und seine Ausnutzung gegen die Partei nur die verwerfliche Irreführung der Massen sei und von außerordentlich geringer Kenntnis der parlamentarischen Verhältnisse zeuge. Merkt Euch das, Ihr Badener. (Heiterkeit und Beifall.) Und auf dem Lübecker Parteitag hat Keil, der damals noch auf der radikalen Seite stand (Heiterkeit), den Badener zugerufen, daß sie nicht durch Zustimmung zum Budget der eigenen Kritik am Staate ins Gesicht schlagen. (Sehr gut!) Wo war denn damals der Schaden für die Partei? Wo war der Schaden, den die Badener befürchteten, solange sie selbst — gegen das Budget stimmen wollten. Das Verhalten der badischen Landtagsabgeordneten war ja sehr merkwürdig, denn es kam ihnen eine plötzliche Erleuchtung durch Kolb, der die neue Taktik mit größtem Enthusiasmus verkündet. (Zuruf: Die Nationalliberalen!) Ganz Deutschland, ganz Europa werde der neuen badischen Taktik folgen. (Gr. Heiterkeit.) Wir hätten angesichts dieser Verurteilung unserer Taktik das volle Recht, hier die ganze Frage aufzurollen. Wenn z. B. der Dr. Block unsere Zustimmung zum Reichsbudget und den Agrarzöllen fordert, so hätte die Partei wohl Grund, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob wir denn die Taktik verfolgen sollen, die uns seit 43 Jahren groß gemacht hat. (Sehr gut!) Dabei hat sich gerade im letzten Jahre gezeigt, wie richtig unsere Taktik ist. Warum strömen uns denn die Wählermassen zu? **Weil wir die einzige Partei sind, die gegen die Volksausbeuterwucherung aufs schärfste angekämpft hat.** (Stürmischer Beifall. — Zurufe bei den Badener: Waren wir nicht auch dabei?!) Wenn angesichts dieser Tatsachen ein Gegner von der „Negation" in unserer Politik spricht, so denke ich, daß es ein dummer oder böswilliger Kerl ist. Aber wenn Parteiführer wie Kolb davon sprechen, dann müssen wir doch sagen, daß solche Vorwürfe ganz unberechtigt sind. Wie war es denn in Baden? Der Minister v. Bodman hatte den Sozialdemokraten die Gleichberechtigung glatt abgesprochen und erklärt, sozialdemokratische Bezirksräte nicht zu dulden. Genosse v. Bodmann (Schallende Heiterkeit) ... Der Minister v. Bodman hat sich in der ganzen Sache wirklich viel korrekter benommen als unsere Genossen. (Lebh. Beifall.) Der heutige Staat soll die Staats- und Gesellschaftsordnung aufrechterhalten, wenn nötig mit Gewalt. Wenn also die Herrschenden uns die Gleichberechtigung versagen, so kann ich das von ihrem Standpunkt aus verstehen. (Lebh. Zustimmung und Widerspruch. Frank ruft: Unerhört!) Das ist gar nicht unerhört, sondern von uns schon tausendmal ausgesprochen. Frank hat damals nach der Kommissionsrede des Ministers v. Bodman erklärt, das sei eine unerhörte Beleidigung und Herausforderung der Partei. Aber Parteigenossen, als man uns

das Sozialistengesetz

an den Hals warf, da haben wir uns nicht „beleidigt" gefühlt, sondern waren empört, voll Haß und Zorn gegen seine Urheber und Gutheißer, und wenn wir gekonnt hätten, wie wir gewollt hätten, so hätten wir losgeschlagen und alles zertrümmert, was gegen uns stand, ja es wäre ein Verbrechen gewesen, wenn wir anders gedacht hätten. (Lebh. Beifall.) Nun hat Frank ja nachdem in einer Rede gesagt, Herr v. Bodman sei eine komplizierte Natur. Ich kenne ihn nicht persönlich, aber ich finde, daß er eine sehr einfache Natur ist. Frank ist eine weit kompliziertere Natur. (Gr. Heiterkeit. — Zuruf: Psychologisches Rätsel!) Herr v. Bodman hat ganz einfach der Sozialdemokratie die Gleichberechtigung abgesprochen und das niemals zurückgenommen. Allerdings entrüstet sich jetzt über ihn die ganze konservative Presse und das Zentrum. Mir täte es leid, wenn über diesen lächerlichen Froschmäuselkrieg der Herr v. Bodman gestürzt wäre, denn ganz andere, viel höher stehende Männer haben die Sozialdemokratie ganz anders gelobt. V. Bodman hat nach seiner Rede gegen die sozialdemokratischen Bezirksräte erfahren, daß unsere Genossen diesmal gegen das Budget stimmen würden. Und da hat er denn, von einem Zentrumsjunker provoziert, erklärt, daß an der sozialdemokratischen Partei etwas Berechtigtes sei. Wer mit so nichtssagenden Redensarten eine ganze große Fraktion einfängt, der ist ein Staatsmann, aber die sich einfangen ließen, das waren

keine Staatsmänner.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191009 22-13/fragment/page=0001

(Lebh. Beifall.) Es ließen sich noch sehr viele politische Gimpel fangen, wenn man es nur richtig anfassen wollte. (Gr. Heiterk.) Von dem

Block von Bebel bis Bassermann

wollen ja weder der Bassermann noch der Bebel etwas wissen. Als Naumann zuerst den Gedanken aufbrachte, begrüßte ich einmal Bassermann mit den Worten: „Guten Tag, lieber Blockbruder!“ (Schallende Heiterkeit.) Da fuhr er aber auf und sagte: „Ach, Unsinn, Blödsinn“, und ich sagte nur dazu: „Ausnahmsweise wirklich einverstanden.“ (Große Heiterkeit und lebh. Beifall.) Daß dieser Großblock Unsinn ist, sehen ja sogar Genossen wie Peus ein. (Schallende Heiterkeit.) Peus verzapft ja in seinem Blättchen manchmal Zeug, das mir die Haare zu Berge stehen. Aber als er neulich in Brandenburg als Kandidat aufgestellt werden sollte, da war er ja entsetzlich radikal und ich hoffe nur, daß das vorhält. (Anhaltende große Heiterkeit, die noch wächst, als Peus sich zum Worte meldet.)

Auf ganz nichtssagende Worte des Herrn v. Bodman sind unsere badischen Genossen in einer bisher unerhörten Weise umgefallen. Was hat denn Bodmann eigentlich versprochen? (Zuruf: Die Gleichberechtigung!) Ach, Sie gläubiger Thomas! (Große Heiterkeit.) Wie müssen Sie interpretieren, um das herauszubekommen. Bodman hat auf seinem ganz korrekten Standpunkt verharrt, nur Ihr seid umgefallen. Kolb hat prophezeit, in zehn Jahren werde die Sozialdemokratie ganz Baden beherrschen und jeder Beamte werde Sozialdemokrat sein dürfen. Auch vor zehn Jahren hat Kolb schon prophezeit, nämlich daß die Partei eine ganze Menge Programmbalast über Bord werfen müsse, vor allem das Frauenwahlrecht und die Altersgrenze von 20 Jahren für das Wahlrecht. Dabei hat das Frauenwahlrecht einen Siegeszug durch alle Länder angetreten und in der Schweiz wählen alle über 20 Jahre alten Leute die Regierung, die Richter, die Lehrer. (Sehr gut!) Die badischen Genossen sind leider mit viel weniger zufrieden. Wie leicht zufrieden sie sind, dafür ein Beispiel: In Nürnberg rühmte Frank, daß in dem neuen Budget, dem man zustimmen müsse, die Weichensteller 1000—1400 Mk. Gehalt bekämen. Dabei macht mich Moltenbuhr darauf aufmerksam, daß im Junkerpreußen die Weichensteller 200—300 Mk. mehr bekommen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Aber die Worte Bodmans?! Parteigenossen! Wir sind von ganz anderen Leuten viel mehr gelobt worden. Unter dem Sozialistengesetz hat Wilhelm I. im Jahre 1880 erklärt, man dürfe gegen die Sozialdemokratie nicht bloß Repressivmaßregeln anwenden, sondern auch den berechtigten Kern der sozialdemokratischen Forderungen erfüllen. Geht das nicht viel weiter als Herr v. Bodman? Bismarck hat im Jahre 1884 ganz offen zugegeben, daß nur die Furcht vor der Sozialdemokratie die sozialen Schutzgesetze erzeugt habe. In das nicht ein größeres Zugeständnis als die inhaltlosen Phrasen eines badischen Ministers, den Erzberger plötzlich wie einen Revolutionär hinstellen möchte. Wir haben mit unserem „Regieren“ viel mehr erreicht als andere durch „positive Arbeit“. Scharfe Opposition und Kritik werden, wenn sie auf Wahrheit und Recht beruhen, stets fruchtbaren Boden finden. (Lebhafter Beifall.) In den Februarerlassen hat Wilhelm II. sich ausdrücklich berufen auf die Beschlüsse des ersten internationalen Sozialistenkongresses. Beim Kampf um die Lex Heinze, wo wir auch regierten, sogar abstimmten, schrieb der konservative Publizist Prof. Delbrück, daß Kunst, Wissenschaft und Bildung sich in Deutschland unter die Fittiche der Sozialdemokratie geflüchtet haben. Ein alter Gegner von uns, Oberbürgermeister Beutler in Dresden, hat noch am 26. November vorigen Jahres erklärt, daß das beste im Kampf gegen die Schmutzliteratur die Gewerkschaften, die Sozialdemokraten geleistet. So sprechen die Gegner, wenn sie ehrlich sind, von jeher über uns. Ich bedaure zu nur immer, daß unsere Genossen, auch die schreibenden, die Geschichte der Partei viel zu wenig kennen. Sonst ließe man es sich nicht gefallen, daß unsere Gegner sich für unsere „Negationspolitik“ auf die Geschichte der sozialen Versicherung berufen. Als das erste Unfallversicherungsgesetz von 1882 kam, fragte Bamberger ganz erstaunt, warum Bebel denn nicht Geheimrat sei; denn das ganze Gesetz atme seinen Geist. (Frank: Sehr gut!) Aber dieses Gesetz hat das Zentrum zu Fall gebracht und nachher das mit den kapitalistischen Berufsgenossenschaften geschaffen, und die Liberalen, besonders die Freisinnigen, haben die Sozialversicherung überhaupt nicht gewollt. Erst wir haben durch unsere fortgesetzte „negierende“ Kritik, durch unsere scharfen Angriffe gegen die kapitalistische Gesellschaft und den Staat die bürgerlichen Parteien zu diesen Konzessionen gezwungen. Wir haben erst die Kathedersozialisten hervorgebracht. Wir haben eine Fülle positiver Forderungen im zweiten Teile unseres Programms. Wie kann man da von Negationspolitik sprechen! (Lebh. Beifall.) Keine Sozialdemokratie der Welt hat soviel Positives geleistet, wie die deutsche Sozialdemokratie. (Stürmischer anhaltender Beifall.) Und so sind wir in der „Negation“ groß geworden, auf 3 Millionen, auf 4 Millionen das nächste mal. (Beifall.) Und da sollen wir plötzlich uns ins „Positive“ wandeln und uns mit den Nationalliberalen verbünden!? (Lebh. Beifall.) Die nationalliberale Partei ist die Partei des industriellen Kapitals (Sehr wahr!), der Scharfmacherei par excellence, die Anhängerin aller Ausnahmegesetze gegen Dänen, Polen, Elsaß-Lothringer, Zentrum und Sozialdemokraten. (Sehr wahr!) Gerade jetzt will sich die Partei wieder auf die Heidelberger Beschlüsse festlegen, die an erster Stelle ein

Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie

fordern. (Lebh. Hört, hört!) Das sind die Bundesgenossen unserer Genossen in Baden! (Lebh. Beifall.) Sie hätten die Rettung von Thron, Altar und Geldsack ruhig dem Zentrum überlassen können. (Sehr wahr!) Keine bürgerliche Partei wagt es, im neuen Deutschen Reich das Budget abzulehnen. Selbst das Zentrum und die Polen in den Zeiten ihrer schlimmsten Verfolgung nicht. Die Nationalliberalen sind schließlich die Haupttreiber bei den

Marine-, Militär- und Kolonialausgaben,

die Anhänger der indirekten Steuern, der Lebensmittelzölle, der Einfuhrverbote und Sperrmaßregeln. (Lebh. Zust.) Mit diesen Nationalliberalen kann keine Arbeiterpartei zusammengehen. (Erneuter Beifall.) Auch in Baden hätten unsere Genossen das gleiche Wahlrecht nicht ohne das Zentrum erreicht. Kolb hat spöttisch vom preußischen Wahlrechtskampfe gesprochen. Euch Badenern ist das gleiche Wahlrecht beinahe wie eine gebratene Taube in den Mund geflogen. (Widerspruch b. d. Badenern.) Vielmehr Mühe hat es auch in Bayern nicht gemacht, aber der Kampf in Preußen bedeutet etwas ganz anderes. (Lebh. Zust.) Der preußische Staat ist ein ganz eigenes Ding, es gibt ihn nicht zum zweitenmal in der Welt. Da kostet der Kampf Anstrengung und Schweiß und vielleicht noch mehr. (Lebh. Beifall.) Ihr dürft Euch da nicht hineinmischen, Ihr versteht nichts davon. (Frank ruft: Sehr wahr!) Schlimmer als Kolb kann es auch der ärgste Partikularist nicht treiben. Die preußischen Genossen haben im Wahlrechtskampf bewunderungswertes geleistet (Lebh. Beifall. Zuruf Kolbs: Da bin ich freilich anderer Meinung) und werden noch mehr leisten. (Erneuter Beifall.) In Baden haben unsere Abgeordneten in ihrer Stellung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts erst für das Budget, dann gegen das Budget stimmen wollen und schließlich in 24 Stunden doch für das Budget gestimmt. Wenn das bei der Partei Drehscheibe vorgekommen wäre, hätten wir von Waschlappen und Jammerlappen geredet (Lebh. Beifall), von Parteigenossen wage ich das nicht zu sagen. Aber wir fangen überhaupt an, nationalliberal zu werden. Den Dr. Bloch hat schon Richard Fischer, den gewiß niemand für einen Radikalen hält (Beifall, auch von Richard Fischer), schon neulich in Berlin einen Nationalliberalen genannt. Das war das beste, was er je gesagt hat. (Hört. und Widerspr. Richard Fischers.) Es gibt überhaupt Leute, die die Partei ins nationalliberale Lager führen wollen. (Sehr wahr!) Frank wird nachher die badischen Errungenschaften in bengalischer Beleuchtung zeigen. Sie haben in der Tat durch die Gemeindewahlreform die Sechstelung statt der Dritteilung erreicht. Aber wenn unsere preußischen Landtagsabgeordneten das Landtagswahlrecht so verbessern wollten, würde man ihnen den Stuhl vor die Türe setzen. (Beifall und Widerspr.) Man hat leider schon wegen viel geringerer Dinge Leuten den Stuhl vor die Türe gesetzt. Die badischen Nationalliberalen, Herr Rebmann, die Kölnische Zeitung und die Straßburger Post haben sich gerühmt, daß die Nationalliberalen keinen einzigen ihrer Grundsätze preisgegeben hätten, daß dagegen unsere Genossen große Opfer gebracht hätten. Bei einem Bündnis mit den bürgerlichen Parteien ist tausend gegen eins zu wetten, daß wir die Verlierenden sind. (Lebh. Zust.) Wo Rechte und Linke zusammenstehen, verliert immer die Linke, das hat der vielverspottete Bülowblock gezeigt. (Sehr wahr!) Wenn wir ein Blockverhältnis eingehen, müssen wir immer darauf achten, daß der Block nicht auseinandergeht, müssen unsere Kritik abschwächen und Konzessionen machen. Es wird auch der Tag kommen, wo dann die Gewerkschaftsführer gezwungen sein werden, sich anzuziehen, was die sozialdemokratischen Vertreter in den Landtagen tun. Schon hat der süddeutsche Eisenbahnerverband über die geringschätzige Behandlung der Eisenbahnerpetition im badischen Landtag Beschwerde geführt, und der Textilarbeiterverband klagt, daß die Arbeiter nirgends so ausgebeutet würden, wie von den nationalliberalen Unternehmern in Baden. Den armen, elenden arbeitslos gemachten

Tabakarbeitern hat die badische Regierung jede Unterstützung verweigert.

Daß dieser Regierung die sozialdemokratische Fraktion ein Verrauensvotum ausgesellt hat, ist einfach himmelschreiend. (Lebh. Beifall.) Wie hat sich die badische Regierung bei den Streiks in Rheinfelden und Mannheim benommen. Gerade die Gewerkschaften könnten hier ein reiches Sündenregister aufrollen. In der Reichspolitik hat die badische Regierung mitgewirkt, dem Volke die ungeheuren Lasten aufzuerlegen. (Lebh. Beifall.) Da lassen sich die Massen auf die Dauer die badische Taktik nicht gefallen. Nicht nur die Konsuln müssen wachen, sondern die Massen müssen wachen, daß die Parteiführer der Partei keinen Schaden tun. (Stürm. Beifall.) Demokratisches Mißtrauen gegen alle ohne Ausnahme auch gegen mich. (Erneuter Beifall.) Sehen Sie Ihren Führern auf die Finger, sehen Sie Ihren Redakteuren auf die Finger. (Lebh. Zust.) Schlafen denn unsere Preßkommissionen? Um eine notwendige Ausgabe von 50 Mk. wird nächtelang diskutiert, aber ob die Parteiinteressen gewahrt werden, ob über die Dresdener Vorgänge, dem Vorwärtskonflikt, die badische Budgetbewilligung die Parteigenossen unterrichtet werden, darauf wird nicht geachtet. Es ist geradezu skandalös, wie einzelne Parteiblätter alles unterdrücken, was ihnen nicht in den Kram paßt. (Lebh. Beifall; Zuruf: Leipziger Volkszeitung.) In Ulmm wird gejändigt, aber noch mehr außerhalb Ulmms, und Ihr in München habt ein ganz besonderes Exemplar von Blatt. (Hört.) Wären unsere Genossen nicht bis hoch hinauf so furchtbar dumm, so könnten sie uns noch ganz anders in die Bude regnen. (Beifall und gr. Heiterkeit.)

Nun wird gesagt, daß die Geschichte der Partei beşät sei mit Disziplinbrüchen. Besonders Genosse David hat an die Stichwahlparole von St. Gallen erinnert. Gewiß haben wir damals den Parteitagsbeschluß übertreten, aber damals handelte es sich um taktische Fragen und die Partei stand hinter uns. Heute handelt es sich

um ein Prinzip,

das der Parteitag dreimal bestätigt hat. (Lebh. Beifall und Widerspruch.) Solche Parteitagsbeschlüsse kann man nicht einfach beiseite schieben, das läßt sich keine Partei gefallen, dabei kenn die Partei nicht bestehen. (Lebh. Beifall.) Manche Leute, die ein Mandat haben, halten sich ja für eine Art höheren Wesens. (Sehr wahr!) Aber einfachere Parteigenossen schließt man wegen viel geringerer Dinge aus. (Stürm. Beifall; Zurufe b. d. Badener: Schnapsboykott!) In der ungeheuren Erbitterung über den badischen Disziplinbruch haben viele Genossen gesagt: Hinaus mit ihnen! Ich habe auch eine Zeitlang daran gedacht, einen solchen Antrag einzubringen (Heiterkeit) und habe dafür schon eine Fassung gehabt. Aber wird haben schließlich davon Abstand genommen. Wenn es aber wieder vorkommt, dann gibt es keine Gnade mehr. (Stürm. Beifall.) Diesmal müssen wir den badischen Abgeordneten zugestehen, daß sie in gutem Glauben gehandelt haben, und der badische Parteitag hat ihren Schritt gebilligt. (Sehr wahr! b. d. Badenern.) Man kann ihnen daher keinen Parteiverrat vorwerfen. Dann gäbe es kein Erbarmen, kein Mitleid mehr, dann müßten sie hinaus! Aber der Parteiverrat ist ihnen nicht nachgewiesen. Es müßte ihnen erst bewiesen werden, daß sie die Partei schädigen oder persönlichen Vorteil gewinnen, Geheimrat werden wollten. (Hört. Zurufe: Minister!) Wenn einer so dumm gewesen wäre, das zu sagen, dann hätten wir sie überführt, so aber nicht. Es ist ein Zusatzantrag mit der Drohung des Ausschlusses gestellt worden, ich bitte dringend, ihn zurückzuziehen. Es versteht sich ja eigentlich von selbst, daß, wenn wiederum die Partei wochenlang in eine so furchtbare Aufregung versetzt wird, alles auffährt, daß wir dann zum Ausschluß kommen, mag passieren, was will. (Lebh. Beifall.)

Der bayerische Landesvorstand hat jüngst wieder eine Erklärung erlassen, die ganz im Sinne der Erklärung der 66 abgefaßt ist und dem Parteitag die Zuständigkeit der Landesfragen bestreitet. Dem gegenüber erkläre ich, der Parteitag der Gesamtpartei ist die oberste Instanz der Partei. Als solcher hat er unbestreitbar das Recht, als letzte Instanz in allen Parteiangelegenheiten, seien sie prinzipieller, taktischer oder sachlicher Art, die endgültige Entscheidung zu treffen, sobald er dazu angerufen wird. Kein Land, keine Organisation, keine Person kann sich der Entscheidung des Parteitags entziehen. Seine autoritative Stellung beruht naturgemäß auf der Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie eine einheitliche Partei mit einheitlicher Organisation, gemeinsamem Programm und gemeinsamen Zielen ist. (Stürm. Beifall.) Nun will ich hören, ob jemand gegen diesen Standpunkt auftritt, dann werden wir darüber entscheiden. Eine selbständige Entscheidung in Landesangelegenheiten können wir ihnen nicht geben. In dem Streit um die Budgetbewilligung ist vielfach recht Häßliches geschehen. Ausländische Genossen, wie der Genosse Pannekoek, sind direkt denunziert worden. Das ist abscheulich, erbärmlich, soll niemals wieder vorkommen. (Lebh. Beifall.) Das ist einer internationalen sozialdemokratischen Partei unwürdig. Wenn solche Artikel wie der über Goethe im Karlsruher Volksfreund erscheinen können, dann hört doch alles auf. Es ist schon schlimm genug, wenn in einem solchen Verein Pfaffen und Liberale und leider auch Arbeiter mitwirken. Die Genossen Kolb und Frank sind ja auch hinter der Bahre des Großherzogs hergegangen, der ein

ausgesprochener Feind der Sozialdemokratie

war. Der Großherzog hätte sicherlich keinem Sozialdemokraten das Grabgeleit gegeben, auch wenn es Kolb und Frank gewesen wären, die ich mich freue noch am Leben zu sehen. (Hört.) Zum Fall Ferri hat der Karlsruher Volksfreund ganz richtig geschrieben: Jeder Mensch kann sich zum Narren machen, soviel er will, aber keiner darf die Partei zum Narren machen. Das wollen wir uns merken. (Lebh. Beifall.)

Wir leben in einer bedeutsamen Zeit, in der wir uns auf faule Kompromisse nicht einlassen können. (Stürm. Beifall.) Die Klassengegensätze werden nicht milder, sondern schärfer. (Sehr wahr!) Was nach den

nächsten Reichstagswahlen

kommt, müssen wir erst noch sehen. Vielleicht saust auf Europa ein Kriegsgewitter hernieder. Dann müssen wir wissen, was wir zu tun haben und wo stehen werden. (Zuruf b. d. Badenern: Da sind wir auch dabei!) Das will ich ja, ich will Euch nicht ausschließen, aber dann müßt Ihr auch die Geschlossenheit, die Schlagfähigkeit der Partei nicht stören, nicht hindern, daß sie mit festem Schritt und Tritt vorwärts marschiert. Wir müssen in Reih und Glied marschieren und können jetzt keine Seitensprünge brauchen. (Stürm. Beifall.) Auch

die Hofgängerei

verbittet sich die Partei, bei dem feierlichen Landtagsschluß hattet Ihr gar nichts zu suchen. Dadurch, daß Ihr hingegangen und nicht das Hoch mitgeschrien habt, habt Ihr es mit beiden Seiten verdorben. Solche Unklugheiten habe ich in der Partei noch nicht erlebt. Noch niemals habe ich Parteigenossen durch ihre Taktik so vor den Gegnern blamiert, wie Ihr Euch blamiert habt. (Lebh. Beifall.) Die zum Großherzogjubiläum delegierten Fraktionsmitglieder sind ja heute in unserer Mitte. (Hört.) Aber wie steht es denn nun mit dem § 74 Eurer Geschäftsordnung, der Euch doch angeblich zwang, zu Hofe zu gehen. Ihr wolltet ja auch 24 Stunden lang gegen das Budget stimmen, es geht doch also ohne Schaden und damit werft Ihr alle Eure Argumente über den Haufen. (Lebh. Beifall.)

Wir müssen Glied an Glied und Kopf an Kopf marschieren. Sollte jemand so tollkühn sein, zu sagen, daß er seinen eigenen Wege gehe, der soll es tun. (Stürm. anhalt. Beifall.) Das sind nur Episoden in der Geschichte der Partei, wie die Bräuersche Richtung, wie Hasselmann und Most. Die Partei ist deswegen ungestört weiter marschiert. (Zuruf b. d. Bad.: Wir wollen doch mit!) Ich sage ja auch nur, wenn einer da ist. Auch ich habe schon manchmal irre geführt, aber wenn ich eine Dummheit gemacht habe, so habe ich es wenigstens gesagt, und mich gebückt, sie zum zweitenmal zu machen. Wir müssen geschlossen marschieren, und den kommenden Ereignissen die Stirne bieten. Nicht rückwärts, sondern vorwärts marsch, durch und drauf! (Stürm. langanhalt. wiederholt. Beifall.)

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Politische Uebersicht.

Halle a. S., 21. September 1910.

Die Wahl in Frankfurt-Lebus.

Das amtliche Resultat der Reichstagsersatzwahl im Kreise Frankfurt-Lebus liegt jetzt vor. Danach sind nach endgültiger Feststellung insgesamt 28 695 Stimmen abgegeben worden. Davon haben erhalten: Schuhmachermeister Faber-Frankfurt a. O. (Soz.) 14 319 Stimmen, Geh. Archivrat Winter-Magdeburg (nat.-lib.) 7754 Stimmen. Arbeitersekretär Dunkel-Berlin (kons.) 6595 Stimmen. Es ist mithin engere Wahl zwischen Faber und Winter erforderlich. Wahltermin ist bekanntlich der 26. September.

Das amtliche Wahlresultat stimmt fast völlig mit den von uns am Tage nach der Hauptwahl mitgeteilten Ziffern überein. Die beiden Gegner des sozialdemokratischen Kandidaten erhielten ganze 30 Stimmen mehr, als Genosse Faber, außerdem wurden 27 ungültige und zersplitterte Stimmen gezählt, die in den vorstehenden Angaben nicht mit enthalten sind. Zur absoluten Mehrheit fehlten dem Genossen Faber nur 31 Stimmen.

Der konservative Wahlverein des Kreises Frankfurt-Lebus beschloß in einer Vorstandssitzung am Dienstag, bedingungslos für den Kandidaten der nationalliberalen Partei, Archivrat Dr. Winter, einzutreten. Für die Stichwahl soll eine umfassende Agitation auf dem platten Lande entfaltet werden. Der Vorstand des konservativen Wahlvereins wird ein Flugblatt im ganzen Kreise verbreiten, in dem alle national gesinnten Männer energisch aufgefordert werden, am Stichwahltage ihre Schuldigkeit zu tun und unter allen Umständen Dr. Winter zu wählen. Im Anschluß an die Sitzung der Konservativen fand eine gemeinsame Sitzung der Vorstände der konservativen und liberalen Parteien statt. — Auch dem vereinigten Bemühen der beiden reaktionären Parteien dürfte es kaum gelingen der Sozialdemokratie die Siegespalme zu entreißen!

Das Staatsbürgerrecht der Eisenbahner.

Wie besorgt die Leitungen der Königlichen Eisenbahnwerkstätten um das Wohlergehen ihrer Arbeiter sind, zeigt wieder einmal ein „Anschlag“, durch den die Königl. Eisenbahnwerkstätte Opladen (Kreis Solingen) ihre zirka 2000 Arbeiter vor der Lektüre „sozialdemokratischer“ Zeitungen warnt. Das interessante Dokument lautet:

„Von sozialdemokratischer Seite wird neuerdings eine wenigstens zweimal im Monat erscheinende Zeitung Die Eisenbahn herausgegeben, deren Format demjenigen der im Verlage der Schriftenvertriebsanstalt G. m. b. H. herausgegebenen „Eisenbahn“ entspricht. Die neue Zeitung verfolgt offenbar den Zweck, Verwechslungen mit dieser herbeizuführen. Die Verbreitung erfolgt kostenlos von Hand zu Hand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219100922-13/fragment/page=0002

Die Bediensteten werden darauf hingewiesen, daß das Halten und Weiterverbreiten dieser „Zeitung" in ganz derselben Weise wie die des Weckrufs als eine Förderung der Bestrebungen der Reichssektion der Eisenbahner des deutschen Transportarbeiter-Verbandes angesehen und unnachsichtlich die sofortige Kündigung des Dienstverhältnisses zur Folge haben wird."

Man begnügt sich also schon nicht mehr damit, die Eisenbahner von den freien Organisationen fernzuhalten, sondern man verbietet ihnen jetzt auch schon die Lektüre angeblich sozialdemokratischer Zeitungen. Da fehlt's ja nur noch, daß man die ganzen Eisenbahnwerkstätten zu Zwangsarbeitsanstalten macht, deren Insassen durch hohe Mauern von der Außenwelt abgeschlossen werden.

Die Entwicklung der nationalliberalen Partei

geht immer mehr nach rechts. Eine Vertrauensmänner-Versammlung der nationalliberalen Partei für den Wahlkreis Worms-Heppenheim beauftragte ihre Delegierten, auf dem Kasseler Parteitag dahin zu wirken, daß Friedensverhandlungen mit dem Bund der Landwirte eingeleitet werden, dagegen dem Hansabunde die Unterstützung verweigert wird. Auch sollen keine politischen Gemeinschaften mit solchen Parteien gemacht werden, die mit der Sozialdemokratie zusammengehen.

Ueber den Beschluß der Wormser Nationalliberalen braucht man sich wirklich nicht so sehr zu wundern, die Stimmung unter den führenden Geistern der Nationalliberalen ist heute derart, daß ein Anschluß nach rechts viel lieber gesehen wird, als ein solcher nach links. Das geht auch deutlich hervor aus einem nationalliberalen Nachrichtenblatt, das dieser Tage unter dem Titel: Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz in Frankfurt a. M. ins Leben gerufen wurde. In der ersten Nummer wird nicht allein der Sozialdemokratie der Kampf angekündigt, sondern auch mit bezug auf die Unterstützung von Kandidaten anderer bürgerlichen Parteien wird gesagt, daß der Nationalliberale nur seine Stimme dahin geben könne, „wo die Förderung des nationalen Gedankens am sichersten aufgehoben ist", womit natürlich die Konservativen gemeint sind.

Die „geistigen Waffen" der Konservativen.

In der Neuen Zeit ist letzthin mehrfach die Frage der Landarbeiteragitation erörtert worden, und die Vorschläge, die dort gemacht worden sind, scheinen der Kreuzzeitung schwer im Magen zu liegen. Das Junkerblatt sagt:

„Die Agitatoren sollen nämlich eine Hetzerei ohnegleichen treiben, sollen den Landarbeitern weismachen, in Provinziallandtagen, Landwirtschaftskammern, ländlichen Berufsgenossenschaften usw. geschehe nichts anderes, als daß man berate, wie die Landarbeiter noch mehr geknechtet, noch rechtloser gemacht werden könnten. Sie sollen ferner den Landarbeitern vorreden, daß eine Landarbeiterfrau fast einen halben Tag beim Gutsbesitzer arbeiten müsse, nur um die Steuer für ein Paket Streichhölzer aufzubringen, und daß eine arme Frau, die für 1,25 Mk. Waren kauft, davon nicht weniger als 63 Pf. — also die Hälfte — Steuern zahlen müsse. Solcher Schwindel spricht sich herum und die Urheber werden bald entdeckt und — zum Dorfe hinauskomplimentiert."

Wie dieses „Hinauskomplimentieren" gemeint ist, darüber kann kaum ein Zweifel bestehen, es ist die nackte Herausforderung zur Anwendung roher Gewalt.

Deutsches Reich.

— **Die Reichsversicherungsordnungskommission und die Justizkommission** haben am Dienstag ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Die erstgenannte Kommission begann die Beratungen mit dem dritten Buch der Vorlage, Unfallversicherung, die Justizkommission die Besprechung des dritten Abschnittes des vierten Buches der Strafprozeßordnung „schleuniges Verfahren".

— **Der Terrorismus des Bundes der Landwirte** ist wieder um einen neuen Fall vermehrt worden. Der Nationalztg. ist eine Boykotterklärung des Bundes, an deren Echtheit kaum zu zweifeln ist, in die Hände gekommen. Das Schriftstück ist unterzeichnet: Ortsgruppe des Bundes der Landwirte Schmidt-Hachenbach und beginnt mit folgenden Sätzen:

„Zu unserm großen Bedauern ist uns zur Kenntnis geworden, daß fast sämtliche Geschäftsleute Kirns sich als Mitglieder des Hansabundes unterzeichnet haben. Die Ortsgruppe des Bundes der Landwirte von Schmidthachenbach hat nun bei der heute abend vollbesetzten Versammlung einstimmig beschlossen, bei denjenigen Kirner Geschäftsleuten, solange dieselben dem Hansabund angehören, keine Waren mehr von denselben zu beziehen und deren Geschäftshäuser zu meiden."

Wie würden die konservativen Zeitungen über eine sozialdemokratische Organisation herfallen, die einen ähnlichen Beschluß fassen würde.

— **„Im Interesse des Dienstes"** versetzt wurde der Kreisarzt Dr. Thomella in Johannisburg (Ostpreußen). Dr. Thomella war Leiter des Kreiskrankenhauses. Bei dem letzten Wahlkampf in Oletzko-Lyck trat er lebhaft für den Kandidaten der Nationalliberalen ein und beschwor dadurch einen schweren Konflikt mit dem dortigen Landrat und der konservativen Partei herauf. Jetzt ist er „im Interesse des Dienstes" nach Altena-Lüdenscheid versetzt worden.

Frankreich.

Briand gegen — Briand.

Paris, 20. September. Aus Anlaß der bevorstehenden Einstellung der Rekruten hat die revolutionäre Jugend verflossene Nacht Maueranschläge anbringen lassen, welche die Ueberschrift Gallonierte Mörder tragen. **Die Plakate geben die heftigsten Teile einer vom jetzigen Ministerpräsidenten Briand gehaltenen Verteidigungsrede wieder,** die dieser im Jahre 1903 vor dem Schwurgericht des Departements Yonne anläßlich der Verurteilung eines Antimilitaristen verfasen hat.

Wenn Lächerlichkeit wirklich töten würde, der derzeitige französische Ministerpräsident und Renegat Briand würde längst nicht mehr leben ....

England.

Der Prozeß gegen den Leutnant Helm.

London, 21. September. Vor dem Polizeigericht in Fereham fand gestern die Fortsetzung der Verhandlungen gegen den Leutnant Helm wegen angeblicher Spionage statt. Nach der Vernehmung einiger Zeugen entschied das Gericht, daß hinreichende Verdachtsgründe gegen Leutnant Helm vorgebracht seien, um die Fortsetzung des Verfahrens zu rechtfertigen. Der Fall wurde alsdann bis 28. September vertagt. Ein Gesuch auf Haftentlassung des Leutnants wurde abgelehnt.

Serbien.

Eine österreichische Herausforderung.

Belgrad, 20. September. Oesterreichische Soldaten und Gendarmen überschritten die serbische Grenze und okkupierten die im Drinafluß belegene Insel Serbiens Samurovic. Die Intervention der serbischen Behörden verlief resultatlos. Serbische Gendarmerie ist nach der Grenze abmarschiert. Die serbische Presse protestiert gegen die österreichischen Herausforderungen.

Gewerkschaftliches.

Eine General-Aussperrung der Metallarbeiter wollen die Metall-Industriellen vornehmen.

Am Donnerstag, den 22. d. M. werden sie in Berlin eine Sitzung abhalten, um zu beraten, ob der Werftarbeiter-Ausstand mit einer Gesamtaussperrung der deutschen Metallarbeiter beantwortet werden soll. Wie verlautet, hat die Vertrauenskommission des Gesamt-Verbandes der Metall-Industriellen die General-Aussperrung befürwortet.

Der Leipziger Metall-Industriellen-Verband beschloß einstimmig die Beteiligung an der vom Gesamtverbande geplanten Aussperrung deutscher Metallarbeiter.

Die Arbeiter-Organisationen rüsten zu diesem großen Kampfe, sie rechnen sicher mit einer längeren Dauer des Ausstandes und treffen ihre Maßnahmen dazu. Vielfach wird von den Arbeitern die Erhebung größerer Streikbeiträge gefordert.

Die Androhung der großen Aussperrung wirkt aber keineswegs einschüchternd auf die Arbeiter, wohl aber wirkt sie provokatorisch. Die neueste Nummer der Metallarbeiter-Zeitung sagt daher zu der angekündigten General-Aussperrung:

„Sollte der Ausschuß des Gesamt-Verbandes wirklich geneigt sein, den Seeschiffswerften und seinem eigenen zweiten Vorsitzenden Herrn Menck zu Gefallen den Brand einer Aussperrung zu entzünden, so möge er dabei ja nicht übersehen, daß er über den Umfang, den die Feuersbrunst dann annehmen kann, keine Gewalt hat. Diese immerwährenden Provokationen durch Aussperrungs-Drohungen könnten schließlich die Geduldsfäden der Arbeiterschaft zum Reißen bringen. Die Verantwortung für die Folgen fällt auf das Haupt der Scharfmacher."

Die rachedurstige Zentrumspresse.

Der für die Zentrums„christen" so blamable Ausgang der Knappschaftswahlen im Ruhrrevier hat die Zentrumspresse in sinnlose Wut und fanatische Raserei versetzt. Das Zentrumsblatt Gladbecker Zeitung fordert die **staatliche Grubenverwaltung auf, die in den Kolonien wohnenden Verbändler auf die Straße zu setzen. Gerade in den fiskalischen Kolonien hätte die Sozialdemokratie den größten Anhang. Es könne doch nicht angehen, daß der Staat seine schönen, billigen Wohnungen an solche vermiete, die gegen seinen Besten arbeiteten.**

Man muß wissen, daß im Gladbecker Gebiet die Bergarbeiter fast ausschließlich auf Kolonienwohnungen angewiesen sind. Ein Verlust der Wohnung ist gleichbedeutend mit dem Verlust von Arbeit und Brot, denn in den Kolonien können nur die auf den Werken beschäftigten Arbeiter Wohnung erhalten. Sollte die Wohnungsverwaltung der fiskalischen Gruben auf diesen unerhörten Vorschlag der Zentrumspresse reagieren, dann kann sich das Zentrum gratulieren:

Man hängt und brennt nicht mehr, wie albern auch,
Man läßt verhungern nur den armen Gauch
Mit Weib und Kind, und sühnet das Verbrechen —
Der Fromme weiß sich ohne Dolch zu rächen.

Meldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Der Streik der Dachdecker in Mülheim a. Ruhr ist mit vollem Erfolg beendet. Die sofortige Lohnerhöhung beträgt in vielen Fällen 4 und 5 Pfg. pro Stunde. Ebenso hat nach dem angenommenen Vertrag vom 1. Januar 1912 ab eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden einzutreten.

Streiks in der Tabakindustrie sind in Westfalen in zwei Städten ausgebrochen. Bei der Firma Justis Schmidt in Borgholzhausen hat am Sonnabend das Personal die Arbeit eingestellt. Die Firma sucht in bürgerlichen Blättern nichtorganisierte Zigarrenarbeiter.

Bei der Firma Hasselbach & Ko. in Rehme haben 130 Zigarrenarbeiter und Sortierer, und bei Kölkens und Böckels in Oynhausen (Hauptsitz Aachen) haben 18 Zigarrenarbeiter die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Schuhfabrik Rau & Vogel in Großharthau verbietet ihren Arbeitern, sich im Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands zu organisieren. Die Nichtbeachtung dieses Verbots durch die Arbeiter führte zur Arbeitsniederlegung. Vermittelungsversuche waren ohne Erfolg.

Der Streik der Lithographen und Steindrucker in der Kunstanstalt J. C. König & Ebhardt in Hannover wurde durch Verhandlungen beigelegt. 22 Gehilfen erhielten sofort Lohnzulagen; nach Aufnahme der Arbeit erfolgen weitere Zulagen. Für Bronzearbeiter wurde ein Lohnzuschlag von 10 Pfg. pro Stunde bewilligt. Alle Ausständigen haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Elektromonteure von Stuttgart und Umgebung befinden sich in einer Lohnbewegung. **Das Stuttgarter Industriegebiet ist deshalb für alle Arbeiter der elektrischen Installationsbranche gesperrt.**

Briefkasten der Redaktion.

Sch. T. Dr. Karl Liebknecht, Berlin Nr. 4, Chausseestraße 121.

Zum Reichstags-Wahlfonds.

Taucha. Extratour des Arbeiter-Turnvereins Taucha 3,50; gesammelt auf Liste 904 4,35 Mk. Jäger.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, für Lokales Otto Niebuhr, Provinzielles und Versammlungsberichte Gottl. Kasparek, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Modell-Ausstellung.

Uebersicht der letzten

Mode-Erzeugnisse

in feinstem

Damenputz

und

Weisswaren

Geschäftshaus J. LEWIN

Neue Herbststoffe

Neue Blusenstoffe in Halb- und Ganz-Wolle, Streifen und Karos mit und ohne Seideneffekte, grosse Auswahl geschmackvoller Farbenstellungen
das Meter 2.35 2.00 1.85 1.65 1.45 1.25 1.00 85 — 75 Pf.

Kammgarn-Cheviot
griffige, fein- und starkgeköperte Qualitäten in allen Farben
das Meter 3.00 2.50 2.00 1.50 1.10 — 75 Pf.

Perlé-Stoffe
starke, panamaartige Gewebe in modernen dunklen Farben, für elegante Jackenkleider geeignet
das Meter 3.25 3.00 2.75 2.50 2.00 — 1.75 M.

Chevron-Diagonal
breit gerippte Gewebe, reine Wolle, in den neuesten Farbentönen der Saison, bevorzugt für Jackenkleider
das Meter 3.75 2.50 2.00 1.75 1.50 — 1.35 M.

Kostüm-Stoffe in englischer Art, aparte Dessins in neuen Melangen und Karos mit lebhaften Farbeneffekten, 110—130 cm breit
das Meter 3.50 2.65 2.25 — 1.25 M.

Damentuche weiche, glanzreiche Qualitäten in grossen Farbensortimenten, für Kostüme und Strassenkleider
das Meter 4.00 3.50 3.00 2.50 — 2.25 M.

Köper- u. Panama-Cheviot
breitgeköperte und nattéartige Gewebe für praktische Kleider und Kostüme, in modernen Farben, hauptsächlich blau mit grün, 90/110 cm breit
das Meter 2.50 2.25 2.00 1.90 1.75 1.50 — 1.35 M.

Homespun starkfädige, gerauhte Qualitäten in dunkleren Farbtönen, engl. Geschmack, einfarbig und in vielen modernen Melangen
das Meter 2.75 2.50 2.25 2.00 — 1.75 M.

Halle a. S.,
:: Marktplatz 2 und 3. ::

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191009 22-13/fragment/page=0003

Donnerstag den 22. September abends ½9 Uhr im Volkspark

grosse öffentliche politische

Volksversammlung

Tages-Ordnung: **Was lehren uns die letzten Ereignisse in der deutschen Arbeiterbewegung?**

Freie Diskussion. Referent: **Rudolf Lange, Berlin.** Freie Diskussion.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer.

Ritters Taschenlampen sind die besten.

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Achtung! Achtung!

Friseurgehilfen von Halle a. S.

Morgen, Donnerstag d. 22. Septbr. abds. 9 Uhr im Restaur. „Mars-la-tour", Gr. Ulrichstr. 10:

Große öffentliche

Friseurgehilfen-Versammlung

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, dortselbst zu erscheinen.

Der Einberufer.

Oeffentliche Volksversammlungen

für Männer und Frauen.

Sonnabend den 24. Sept. abends 8 Uhr in **Kleinleipisch** bei Gastwirt **Hensel.**

Sonntag den 25. Sept. nachm. 2 Uhr in **Gorden** im Hofe des Landwirts **Walther.**

Sonntag den 25. Sept. abends 6 Uhr in **Grünewalde** bei Gastwirt **Schlemangk.**

Ref.: Genosse Gastwirt **Menzel** aus Bitterfeld.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Die Distriksleitung.

Konsumverein „Vorwärts" für Schkeuditz u. Umgegend

E. G. m. b. H.

Montag den 26. September 1910 abends 8½ Uhr im „Lindenhof":

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorsitzenden.
2. Bericht des Kassierers und Beschlußfassung über den Gewinn-Verteilungsplan. Entlastung des Vorstandes.
3. Bericht von der Generalversammlung der Groß-Einkaufs-Gesellschaft und des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.
4. Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern.
5. Wahl von drei Aufsichtsratsmitgliedern.

Zutritt haben nur Vereinsmitglieder und deren Ehefrauen. Als Legitimation gilt die Mitgliedskarte oder das Mitgliedsbuch.

Der Vorstand.

Conrad Müller. Paul Hübler. Max Schulze.

Delitzsch. Delitzsch.

Gesang-Verein „Vorwärts".

Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes.

(Männer- und Gemischter Chor.)

Sonntag den 25. September 1910, abends 8 Uhr im „Lindenhof":

Instrumental- u. Gesangs-Konzert

Nach dem Konzert **BALL.**

Hierzu ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Zipsendorf.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Frisch auf.

Sonntag den 25. September 1910:

Stiftungsfest

verbunden mit

Kunst- und Reigenfahren.

Anfang 5 Uhr. — Hierzu ladet die organisierte Arbeiterschaft sowie Freunde und Gönner freundlichst ein **Der Vorstand.**

Neueste Brillen- u. Klemmerkonstruktionen.
Spezialität: Zentrisch richtig angepasste Brillen und Klemmer.
Brillen mit Ia. Rathenower Kristallgläsern schon von **1.50** Mk. an.
Reparaturen sofort, sauber und billig.
Photographische Apparate und Bedarfsartikel.
Optisches Institut Rich. Kind, Weissenfels, Saalstrasse 16.
Einziges Spezialgeschäft am Platze.

Arbeiter-Sängerchor

Halle a. S. :: Mitglied des D. A.-S.-B.

Freitag den 23. September abends 8 Uhr im kleinen Saal des „Volkspark"

Rekruten-Abschiedsfeier.

Hierzu ladet freundlichst ein

Der Vorstand. I. A.: Heinrich Koch.

NB. Die Singestunde fällt heute, Mittwoch, zu gunsten der Feier aus.

Eisleben! Zelt zur Münze. Eisleben!

Zum diesjährigen Wiesenmarkte

Hauptreihe rechts! Täglich große 3. Varietézelt!

: Varieté-Vorstellungen :

Großartige Damen-Verwandlungs-Nummern mit hocheleg. Garderobe.
Gediegene Komiker mit den neusten Schlagern!
Spezialitäten ersten Ranges.
Geschw. Paschy. hochoriginelles, humoristisches **Duett.**

Für gute aufmerksame Bewirtung mit **Speisen** und **Getränken** sorgt in altbekannter Güte und ladet freundlichst ein

A. Petri, Bierhalle.

Konsumverein Streckau u. Umg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß

Dienstag den 27. Sept. in Streckau

sowie

Mittwoch den 28. Sept. in Kretzschau

Inventur halber die Läden geschlossen bleiben.

Die **Dividenden-Marken** müssen bis zum 27. Sept. abends 8 Uhr im geschlossenen Kuvert abgegeben sein. Marken unter einer Mark kommen nicht mit zur Abgabe.

Der Vorstand:

Gabler. Hemmann. Dennhardt.

Konsumverein Teuchern,

e. G. m. b. H.

Die **Umwechselung** der **kleinen Marken** erfolgt **Freitag** den **30. Sept.** Abgabe im Kuvert bis **Sonnabend abend** den 1. Oktober cr.

Montag den **3. Oktob.** bleiben die Geschäfte in **Teuchern Inventur halber geschlossen.** Wir bitten unsere Mitglieder, dieses zu beachten.

NB. **Wir suchen per 1. Oktober einen**

ehrlichen u. zuverlässigen Markthelfer.

Bewerber wollen sich schriftlich bis 24. September melden.

Teuchern, den 21. September 1910.

Der Vorstand.

Bei vorkommenden Sterbefällen empfehle mein grosses Lager **fertig dekorierter Särge.**

A. H. Klaus, Tischlerei mit elektrischem Betrieb

Weissenfels a. S., Gr. Kalandstrasse 2.

Erstes offenes Sarg-Magazin am Platze.

Soeben erschienen!

Extra-Nummer d. Wahren Jakob,

Gedenkblatt an den Internationalen Sozialisten- u. Gewerkschaftskongreß zu Kopenhagen.

Preis **10** Pfennig.

Zu beziehen durch alle Austräger und die

Volksbuchhandlung,

Halle a. S., Harz 42/43.

Eheleute

verlangen meine aufklärende Schrift „Des Rätsels Lösung" (Goldene Worte für Eheleute) gratis, franco, ohne Absender.

C. Klappenbach, Halle a. S., gr. Ulrichstrasse 41.

Möbel

solid, geschmackvoll, preiswert, grösstes Lager in jedem Genre.

Hallesche Möbelhallen

Th. Pollak

12 Brüderstrasse 12.

Transport frei.

Garantiert reines Roggenbrot

30 Pfund **3.00** Mk., **5** Pfund **0.50** Mk.

frei Haus.

Otto Lechner (Gerlachs Bäckerei)

Telephon 1965. Leipzigerstr. 18.

Neues Pflaumenmus I Pfd. 30 ₰

Neuen Rübensaft 1 Pfd. 18 ₰

empfiehlt

A. Trautwein, Gr. Ulrichstrasse 31.

Mitgl. d. Rab.-Spar-Vereins.

G. Hartwichs Bäckerei, Sangerhausen,

empfiehlt

reines Roggenbrot

in Preislagen von 40, 50, 60, 75, 80 u. 100 Pf.

Lieferant des Konsum-Vereins.

Grösste Brotbäckerei am Platze.

Tortenplatten

besonders billig bei

C. F. Ritter,

Leipzigerstrasse 90.

:: Rumsdorf ::

Sonntag den 25. Septbr.

Ball

des Spielklubs „Roter Ober" zu Gleina.

Hierzu wartet mit **Speisen** und **Getränken** bestens auf

W. Gerhardt.

Elsterwerda.

Restaurant zum Alt-Reichskanzler

Freitag den 23. September: **Großes Schlachtfest,**

sowie Freitag d. 30. Septbr.: **Großes Nachtschlachtfest**

mit musikal. Unterhaltung, Kaffee und Käsekuchen. Es laden ergebenst ein **Lüttge und Frau.**

Kaufe

Papier, Bücher, Lumpen, Eisen, Gummi, Metalle u. Felle.

Herm. Rein,

Halle-Giebichenstein,

Königsberg 5. Tel. 2409.

Gehrock- u. Frack-Verleih!

A. Brandt, Hackebornstr. 1.

Gebr. A. & H. Loesch

Gr. Ulrichstr. 36 u. Steinweg 30.

Spezial-Geschäft

in

Trikotagen und Strumpfwaren.

Lumpen, altes Eisen, Kupfer, Messing, Biei, alte Zeitungen, Papier- und Pappenabfälle, Gummi, Sekt- und Maggiflaschen kauft stets zu höchsten Preisen

A. Samuel,

Alter Markt 7.

Zur Anfertigung

feiner Herren-Garderobe

nach Mass

empfiehlt sich

Otto Bartelt,

Graseweg 3a.

Kleiderbürsten

billigst bei

C. F. Ritter,

Leipzigerstrasse 90.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191009220-13/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 222 — Halle a. S., Donnerstag den 22. September 1910 — 21. Jahrg.

Der Parteitag in Magdeburg.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Das Korreferat

hält Genosse **Dr. Frank:** Soweit Sünder mit der Rede ihres Anklägers zufrieden sein können, wurden wir durch Bebels Worte angenehm überrascht. Trotz allen Ernstes hat eine gewisse Zärtlichkeit für uns Badener herausgeschaut. Es paßt auf die Rede der Vers aus der Weisheit des Brahmanen:

„Was soll ein Vater tun, wenn ihm ein Sohn mißraten?

Der Täter bleibt ihm lieb, so leid ihm auch die Taten."

(Heiterkeit.) Bebel hat sich auf den einzig möglichen Standpunkt kameradschaftlicher Diskussion gestellt, indem er unseren guten Willen anerkannt hat, der Partei zu dienen. Er hat unsere Meinungen angegriffen, aber nicht unsere Motive und unsere Personen, andere haben sich nicht diese Zurückhaltung auferlegt. Wir kommen nicht treu mütig hierher, sondern mit dem Anspruch, gutes gewollt und getan zu haben. Wir haben in Nürnberg Ihnen die möglichen Folgen eines verfehlten Beschlusses vorausgesagt, wir haben dann in der Erklärung der 66 den ernsten und festen Entschluß bekundet, bei aller Achtung vor der Gesamtpartei die Verhältnisse des eigenen Landes nicht zu vergessen. Das war mehr als eine Rechtsverwahrung, und als die Forderung nach Ellenbogenfreiheit hat das sogar ein so vorsichtiges Blatt wie das Korrespondenzblatt der Generalkommission aufgefaßt. Sie haben unsere Rechtsverwahrung hingenommen, weil Sie selbst die Empfindung hatten, in Nürnberg einen Bogen überspannt zu haben. Sie hatten nicht die Rücksicht auf eine kompatte Minderheit genommen, ohne die auf die Dauer eine demokratische Partei nicht bestehen kann. (Sehr wahr! b. d. Bad.) Aber wir wollen die politische Frage nicht zu einer Rechtsfrage machen, auch ohne unsere

Erklärung in Nürnberg

hätten wir nicht anders handeln können. Wir wissen, daß eine große Partei ohne Disziplin nicht bestehen kann, aber unter Umständen wird der Disziplinbruch zur Pflicht. Das höchste Gesetz, unter dem wir alle stehen, ist, alles zu tun, was den Aufstieg der Arbeiterklasse zur politischen Macht fördert und alles zu unterlassen, was die Arbeiterklasse auf diesem Wege hemmt. (Zuruf: Wer entscheidet darüber?) Die Kompetenzfrage ist wirklich nicht das wichtigste. Wir als Vertrauensmänner der Partei haben im Rahmen des Programms und unter Verantwortung vor den Organisationen nach unserer besten Ueberzeugung zu handeln, nicht als Maschinen, sondern als vernünftige Menschen, wie es bisher stets in der Partei gewesen ist, nicht in unbedingter Wortdisziplin, wie sie Stadthagen gestern ausgezeichnet verspottet hat, sondern in freier verantwortlicher Entscheidung. Der Nürnberger Beschluß ist kein prinzipieller, das beweisen die zugelassenen Ausnahmen. Wenn Sie sich rein auf den disziplinarrechtlichen, auf den parteistrafrechtlichen Standpunkt stellen, brauchen Sie ja nicht auf uns zu hören, warum wir geglaubt haben, dem Lande durch unsere Haltung zu nützen. Dann hätten wir einfach Order zu parieren gehabt. Aber für die gerechter Urteilenden will ich unsere sachlichen Gründe darlegen. Von den Massen geschoben, sind wir angesichts der drohenden Zentrumsherrschaft 1905 zum

Großblock

gekommen. Er muß doch lebensfähig sein, sonst hätte man ihn in den 5 Jahren schon tot geredet und tot geschrieben. Er bestand darin, daß wir erklärten, wir wählen die Liberalen in der Stichwahl nur, wenn sie sich schriftlich zu Gegenleistungen verpflichten, diese Verpflichtung veröffentlichen und halten. Das haben sie tun müssen. Im Parlament haben sie dann sogar in Kulturfragen mit dem Zentrum zusammengearbeitet und daraufhin eine furchtbare Niederlage erlitten. Das zwang sie, bei den Landtagswahlen von 1909 wiederum an unsere Seite und nun mußten sie auch in der Kammer eine andere Stellung einnehmen und uns eine andere Stellung einräumen. Wir bekamen den Vorsitz in wichtigen Kommissionen und wichtige Berichterstatterposten, z. B. über Schulwesen und Fabrikinspektion. Wir machten mit den Liberalen ein Schulgesetz, das die Simultanschule ohne Geistliche festlegt, die Lehrergehälter erhöht, die Dissidentenkinder vom Religionsunterricht befreit und den Pfaffen die Verwendung ihrer reichen Geldmittel für Schulzwecke untersagt. Mit Hilfe des Blocks haben wir die Klerikalisierung der Schule verhindert, und wären Narren und Tröpfe gewesen, wenn wir es nicht getan hätten. Unser Schulideal ist gewiß nicht erfüllt, aber wir haben auch keine unserer Forderungen verleugnet, sondern uns ihnen soweit als möglich genähert. (Widerspruch.) Wir haben sodann eine Einkommensteuerreform zur Entlastung der kleineren Einkommen durchgesetzt und dabei freilich einen demagogischen Heuchelantrag des Zentrums auf eine geringfügige weitere Steuerermäßigung abgelehnt, um nicht das ganze Gesetz zum Scheitern zu bringen. Bei der Gemeindewahlreform haben wir das Frauenwahlrecht eifrig vertreten, und es wurde nur mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Ich gratuliere den Frauen zu diesem großen sozialdemokratischen Erfolg nicht aus Liebe zu den Frauen (Heiterkeit), sondern weil er eine Anerkennung der Macht der proletarischen Frauenbewegung bedeutet. In alle Armen- und Schulkommissionen müssen jetzt Frauen gewählt werden. Die Wahlreform für die Gemeinde eröffnet uns den Weg in alle Rathäuser, in alle Magistrate. Die Sechstelung, die wir jetzt durchgesetzt haben, haben vor zwei Jahrzehnten Geck und Dreesbach in Initiativanträgen gefordert. Das monatelange Zusammenarbeiten mit den Liberalen hatte unsere Zustimmung zu dem von uns beeinflußten Budget zur unmittelbaren Folge. Nur die Aeußerung des Ministers v. Bodman konnte uns veranlassen, dagegen zu stimmen, und wir hätten dabei erklären müssen, daß er uns zu unserem Bedauern dazu gezwungen hätte. (Zuruf: Den Parteitagsbeschluß zu halten!) Wenn wir einmal soweit sind, daß die Minister für die Einhaltung der Parteitagsbeschlüsse sorgen, wird das ja eine erfreuliche Erweiterung unseres Einflusses sein. Bei aller Entrüstung über die Worte des Ministers v. Bodman, die uns den Zutritt zu den an sich nicht weltbewegenden Bezirksräten versperren sollten, waren manche Genossen doch ganz froh darüber, nun gleich den Bayern eine anständige Ausrede zur Ablehnung des Budgets zu haben. (Heiterkeit und Zurufe: Ausrede?) Durch den Nürnberger Beschluß wird die Auffassung einfach auf den Kopf gestellt; man freut sich beinahe, wenn man für minderen Rechts erklärt wird, um den Konflikt mit der Partei vermeiden zu können. Denn wir haben den Konflikt nicht gesucht, und es ist kein Vergnügen, ein paar Wochen lang im Mittelpunkt der parteigenössischen Aufmerksamkeit zu stehen. (Heiterkeit.) Nun sagt man, das seien alles kleine Konzessionen. Das Niederreißen kann dramatische Momente ergeben, aber das Aufbauen geschieht immer im kleinen. Kleine Konzessionen können sich, ohne daß wir es wissen, als Keime der Zukunft erweisen. Die Wucherzölle und die unwürdige preußische Unterdrückungspolitik sind nicht notwendige Korrelate des Klassenstaats. Auch im parlamentarischen Kampf gestützt auf die Massen können wir Preußen-Deutschland zu einem modernen Staat machen, in dem wie in Westeuropa, die sozialen Kämpfe auf dem Boden der bürgerlichen Gleichberechtigung der Demokratie ausgefochten werden. Sie können das kleine Konzessionen nennen, ich betrachte es aber als die

Umwälzung des heutigen Preußen.

(Sehr wahr!) Ich habe in meiner Erklärung im badischen Landtag nicht verächtlich von der Demonstration der Budgetverweigerung gesprochen. Ich lege Demonstrationen großen Wert bei, aber diese Demonstration, vorausbestimmt nach Ort, Datum und Form uns gegen unseren Willen aufgezwungen, kann ich als wirksame Demonstration nicht anerkennen.

Der Hofgängerei wegen brauchen wir uns wirklich nicht die Köpfe einzuschlagen. Wir wollen die Taktik der Partei gegenüber der Monarchie nicht ändern, weder nach links noch nach rechts. Die Partei, die das große Zukunftsland erobern will, darf sich nicht auf die kleine mittelalterliche Festung festlegen. Wir wollen die Arbeiterschaft völlig befreien und dürfen uns deshalb nicht auf die Propagierung des republikanischen Gedankens beschränken, wie wir andererseits auch unsere antimonarchische Ueberzeugung nicht verbergen wollen.

Auf aller Lippe schwebt nun die Frage,

was soll jetzt geschehen?

Um unseren guten Willen anzuerkennen, ist die Resolution sehr wenig geeignet. Sie legt uns bewußte Verletzung der Parteitagsbeschlüsse zur Last, und wenn das wahr wäre, dürfte man nicht mehr warten, sondern müßte uns ganz hinauswerfen. Uns war es aber nicht darum zu tun, die Parteitagsbeschlüsse zu verletzen, sondern der Bewegung zu nützen. Ein alter Parlamentspraktiker hat uns gesagt, wir seien viel zu ehrlich gewesen, wir hätten ja ruhig sagen können, daß wir den Nürnberger Beschluß gefolgt und für das Budget nur gestimmt hätten, um zu verhindern, daß es das nächste Mal durch das Zentrum verschlechtert wird. (Gr. Unruhe. Zurufe: Namen nennen! Bebel: Nennen Sie den Namen nicht?) Aber ich kann ihn mit Vergnügen nennen, er hat guten Klang, es ist der Genosse Ulrich, der nachher diesen Standpunkt vertreten wird. Wir haben aus Respekt vor der Partei solche Mittelchen abgelehnt und offen gesagt, was wir getan haben. Wir müssen nun aber diese ewig langweiligen Budgetdebatten einmal los werden. Daß wir sie seit 16 Jahren haben, beweist, daß nicht die Bosheit einiger Genossen daran schuld ist, sondern tiefere Gründe. Wir müssen uns die deutschen Etats einmal ansehen, die einen ganz verschiedenen Typ haben, den Reichstyp und den bayerischen Typ. Im bayerischen Finanzgesetz werden nur die direkten Steuern für zwei Jahre festgelegt. Sollen wir das ablehnen, dann müssen wir auch im Reiche alle Steuern verweigern, die ja für alle Zeiten ohne Rücksicht auf die Art der Ausgaben bewilligt werden. Dann haben wir also selbst im Reichstage gegen die Nürnberger Resolution gefehlt. Nehmen Sie also den Antrag Braun an, **eine Kommission einzusetzen, die das ganze Material zur Budgetfrage sammelt.** Fürchten Sie nicht den Eindruck, als ob sie uns nachgäben, als ob Sie den Disziplinbruch als Kampfmittel innerhalb der Partei sanktionieren, die Partei muß endlich aus der Sackgasse heraus und den inneren Frieden bekommen, den wir ja alle wünschen. Die große Mehrheit auch der Genossen, die ihre Vertrauensleute beaufsichtigen, wären froh, wenn wir ihnen den Weg wiesen zum einigen Kampf gegen den gemeinsamen Feind. (Lebh. Beifall.)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Dietz erhält in der Debatte je ein Anhänger und ein Gegner der Badener das Wort. Ein Antrag Dittmann-Solingen, je einem Gegner und einem Anhänger der Vorstandsresolution das Wort zu geben, wird von David bekämpft und vom Vorsitzenden Dietz durch den bereits erfolgten Beschluß des Parteitags für erledigt erklärt.

Persönlich bemerkt Peus-Dessau: Wenn ich anders redete in meinem Wahlkreise, als ich in meinem „Blättchen" schriebe, so wäre ich ein ganz verächtlicher Wicht und unwürdig, Reichstagskandidat oder auch nur Parteigenosse zu sein. Wenn Bebel bei seiner Stellung gegen Parteigenossen, die auch im öffentlichen Leben stehen, und ihre Parteiehre hochhalten müssen, solche Angriffe schleudert, kann es uns nicht wundern, wenn die Gegner das ausnutzen. Ich habe niemals mit meiner Meinung hinter dem Berge gehalten und bin vielleicht radikaler als viele Parteigenossen dieses nur mit Worten, aber nicht mit Taten sind.

Die Verhandlungen werden auf die Nachmittagssitzung vertagt.

2. Verhandlungstag. — Nachmittagssitzung.

C. B. Magdeburg, 20. September.

Den Vorsitz führt Dietz. Zur

Budgetdebatte

ist folgender Antrag von über 100 meist süddeutschen Delegierten eingegangen:

„Um die Wiederholung der die Parteibewegung hemmenden Konflikte zwischen einzelnen Landtagsfraktionen und der Gesamtpartei zu verhindern, beschließt der Parteitag, eine Kommission zum Studium der budgetrechtlichen Verhältnisse des Reiches und der Einzelstaaten einzusetzen.

Dieser Kommission sollen, außer einem Delegierten des Parteivorstandes, Vertreter der Parteiorganisationen aller Bundesstaaten angehören.

Das von der Kommission gesammelte Material ist rechtzeitig vor dem nächsten Parteitag zu veröffentlichen."

Der Antrag trägt die Bezeichnung Ad. Müller und Genossen. Der Antrag Zubeil und Gen. (Verschärfungsantrag mit Ausschlußdrohung) trägt 208 Unterschriften. Von der württembergischen Landtagsfraktion ist folgende mit allen gegen eine Stimme angenommene Erklärung eingegangen:

„Die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtages ist der Ueberzeugung, daß im Interesse der wirksamen Geltendmachung ihres Einflusses in der Landespolitik die Entschlußfreiheit in Sachen der Budgetbewilligung oder -Verweigerung gewahrt werden muß und richtet daher an den Parteitag die dringende Bitte, eine Abänderung des Beschlusses des Nürnberger Parteitages in der Richtung vorzunehmen, daß die aus zwingenden Gründen notwendige Zustimmung zum Budget den Landtagsfraktionen erleichtert wird."

In der

Diskussion

erhält als erster Redner

Katzenstein das Wort: Nicht aus besonderen politischen Gründen hat die Fraktion in Baden dem Budget zugestimmt, sondern sie hat es schon vorher getan. Ich aber halte es für wünschenswert, daß **der scharfe Gegensatz, der uns von der bürgerlichen Welt trennt, nicht verdeckt und verschleiert wird.** Bei der guten Taktik der süddeutschen Regierungen kommt dieser Gegensatz leider nicht scharf zum Ausdruck, zumal die deutschen Arbeiter infolge Gewöhnung sehr anspruchslos sind. Wir gehen aber sehr schweren Kämpfen entgegen und in denen werden die süddeutschen Fürsten und Regierungen gar keine andere Rolle spielen als die von Preußen. Auch in Süddeutschland herrscht die

anarchistisch-bureaukratische Wirtschaft,

auch dort ist keine wahre Demokratie. Da müssen wir geradezu begrüßen, wenn die Budgetabstimmung den Abgeordneten Gelegenheit gibt, unsere **grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Klassenstaat** zu bekennen. Ohne das würde der Unterschied vom linken Flügel der bürgerlichen Parteien verwischt und zugleich würde in der Arbeiterschaft eine anarchistisch-antiparlamentarische Richtung großgezogen werden.

Hildenbrand-Stuttgart: Als in Frankfurt vor 16 Jahren zum ersten Male die Budgetfrage den Parteitag beschäftigte, da nannte Vollmar in voller Klarheit über die Konsequenzen den Beschluß eine „Quelle fortwirkender Streitigkeiten". So ist es gekommen. Noch heute sind unsere Budgetbeschlüsse ein Hindernis für die praktische Wirksamkeit der Genossen in den Landtagen. Wäre die Frage wirklich prinzipieller Natur, so müßte

die internationale Sozialdemokratie

darüber Beschluß fassen; tatsächlich hat sich aber bisher nur die deutsche Sozialdemokratie darum gestritten, während alle übrigen taktisch je nach der Lage darüber entscheiden. Wenn sie zum dritten Male jetzt die Budgetfrage als **prinzipielle** verkünden, so werden die Verhältnisse wie bisher Lügen strafen und erledigt wird für die Zukunft die Frage doch nicht sein. Selbst die verschärfte Ausschlußdrohung wird der Frage kein Ende bereiten. Ueberhaupt müssen wir, wenn wir einig bleiben wollen, die Zwangsbindungsbeschlüsse aufs allernotwendigste beschränken. Die Budgetfrage gehört nicht zu diesem Notwendigsten. Sie ist auch in den verschiedenen Ländern ganz verschieden, denn in Württemberg enthält das Etatsgesetz nur die Einnahmen. Wir haben noch niemals die Frage genau untersucht, sondern immer nur dekretiert. Nehmen Sie den Antrag Müller an, um, ganz abgesehen von dem Urteil, das Sie sonst über die Badener haben, für die Zukunft das einheitliche Zusammenwirken der Partei zu sichern. (Lebh. Beifall.)

Lipinski-Leipzig: Den guten Glauben, auf den sich Frank soviel zugute tat, kann ich ihm keinesfalls zubilligen. Die badischen Landtagsabgeordneten waren seit Monaten entschlossen, das Budget anzunehmen. Da kann von einem Irrtum, von einer Gutgläubigkeit gegenüber den wiederholten Beschlüssen der Gesamtpartei nicht die Rede sein. Im Gegenteil wollte man unter dem Druck der gegenwärtigen überaus günstigen politischen Konstellation uns zwingen, einen der Mehrheit nicht angenehmen Beschluß aufzwingen. Man glaubte, daß wir im Interesse der Einheit wieder Nachsicht üben wollten. Wir kennen den unschätzbaren Wert der inneren Parteieinheit, aber wir sind schon zu oft gutmütig gewesen, in Dresden (Gr. Htkt.) und nachher. **Wir haben niemals die notwendigen Konsequenzen gezogen. Jetzt aber wird uns nach dreimaligem Beschluß zugemutet, die Budgetabstimmung für eine rein taktische Frage zu erklären. Was würde das bedeuten?** Wir würden die taktische

Einheit der Partei zersplittern,

sie in Atome spalten und ihre Kraft gegenüber den Gegnern schwächen. Wir würden uns auf bürgerlich-demokratischen Standpunkt stellen und unser Endziel völlig aufgeben, wie das Vollmar und Auer schon auf früheren Parteitagen offen proklamiert haben. Aber das kann, das darf nicht geschehen. Wir müssen den Badenern sagen, daß, wenn sie das wollen, sie es nicht innerhalb der Partei können. Wir müssen heute die Verklei[illegible]terung beseitigen, müssen heute aussprechen, was ist. (Lebh. Beifall.)

Witti: Bebel hat gesagt, wir ließen uns kneten, wir seien zu weich. Ich kann nur sagen, daß wir Bayern bei den letzten Blockwahlen die einzigen gewesen sind, die in allen Kreisen an Stimmen gewonnen haben. (Zurufe: Baden auch! Berlin! Vielfache Zwischenrufe.) Wir haben uns so kneten lassen, daß wir das gleiche Wahlrecht und in den Gemeinden das Proportionalwahlrecht haben. Mögen die Norddeutschen, insbesondere die in der Mark Brandenburg, sich ebenso kneten lassen, unserer Unterstützung und Hochachtung sind sie sicher. Zur Resolution will ich bemerken: Nehmen Sie sie meinetwegen an in Gottes Namen (Schallende Heiterkeit), aber schaffen Sie endlich Klarheit über unsere gesamte parlamentarische Tätigkeit. Was soll in den Gemeinden geschehen. (Sehr gut!) Vielleicht gibt Bebel im Schlußwort darüber Auskunft. Lassen Sie sich nicht vom momentanen Gefühl hinreißen. Prüfen Sie ruhig und sachlich, dann leisten Sie mehr, als wenn Sie alle Badener auffressen. (Heiterkeit und lebh. Beifall.)

Zubeil-Berlin begründet den Verschärfungsantrag. Der Antrag des Parteivorstandes hinterläßt eine klaffende Lücke: was soll geschehen, wenn wieder ein Teil der Parteigenossen sich dem Beschlusse nicht unterwirft? (Sehr gut!) Die große Masse der Parteigenossen versteht es nicht, wie wir schon jetzt Jahr um Jahr uns immer wieder mit dieser Frage beschäftigen. (Sehr gut!) Es ist unmöglich, daß wir auch in Zukunft mit zweierlei Maß messen, nach unten gegen die Kleinen scharf sind und nach oben alle mögliche Rücksicht nehmen. (Lebh. Beifall.) Die badischen Landtagsabgeordneten haben der Masse der Parteisoldaten ein sehr schlechtes Beispiel gegeben. (Sehr richtig!) Unser Zusatzantrag ist das mindeste, was beschlossen werden muß. (Zurufe bei den Badenern:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219100922-13/fragment/page=0005

Hängen! Hängen!) Hunderttausend organisierter Genossen in ganz Deutschland haben in den letzten Wochen den Ausschluß der Badener verlangt. Hunderttausend haben gesagt: Jetzt ist das Maß voll, jetzt muß es überlaufen. (Stürm. Beifall.) Wer glaubt nach seinem Gewissen die Beschlüsse der Partei nicht vertreten zu können, dem steht ja die Tür weit offen. (Erneuter Beifall.) Jeder muß das mit seiner Ueberzeugung ausmachen, ob er bei uns bleiben will oder nicht. (Sehr gut!) Wer hat denn die Badener gehindert, den Leipziger Parteitag mitzuteilen, daß sie die Nürnberger Resolution nicht halten können. Dann hätten wir zu gegebener Zeit entscheiden können. Jetzt wo ihnen das Feuer auf die Nägel brennt, jetzt fordern sie eine Untersuchungskommission. Das können wir gar nicht annehmen, ohne uns vor der ganzen Welt und auch vor den bürgerlichen Parteien lächerlich zu machen. (Lebh. Beifall.) Jetzt wenden sich die liberalen Wähler gegen ihre bayerischen Abgeordneten, die dem Budget zugestimmt haben, und da sollten wir die Budgetabstimmung freigeben!? Stellen Sie sich nur außerhalb der Partei, dann wollen wir Ihnen schon zeigen, wo die Kraft der Partei liegt. (Beifall und große Unruhe b. d. Badensern. Zurufe: Reptilienfonds!) Ich will es zum Schluß offen aussprechen, daß wenn der Parteivorstand schärfer zugreifen wollte, wenn er namentlich der Presse mehr seine Aufmerksamkeit zuwenden wollte, die a la Kolb redigiert wird, dann wären wir nicht in diesen elenden Zustand geraten. (Lebh. Beifall.)

Engler-Freiburg: Wir haben wegen der ganzen politischen Situation für das Budget stimmen müssen. Nachdem die verschiedenen Aeußerungen des Ministers v. Bodman sich gegeneinander aufwogen. (Lachen.) Bebel hat gesagt, wir verständen nichts vom preußischen Wahlrechtskampf. Dann verstehen die norddeutschen Genossen auch nichts von unseren süddeutschen Verhältnissen, denn dümmer sind wir auch nicht. Man hat gesagt, unser Vorgehen gefährde die Einheitlichkeit der Gewerkschaften. Aber wenn ein Gewerkschaftskongreß vor zehn Jahren Tarifverträge verboten hätte, so wäre dieser Beschluß auch durchbrochen worden. Uns zwingt eine Mehrheit von Bundesstaaten, für die die Budgetbewilligung keine Bedeutung hat. Alle Staaten, in denen die Budgetbewilligung eine Wirkung haben kann, sind gegen die Nürnberger Resolution. Darum werden wir von jetzt ab auf jedem Parteitag die Budgetfrage aufs neue aufrollen. (Beifall b. d. Süddeutschen.)

Haase (Königsberg): In Franks Rede haben wir die offene Erklärung vermißt, ob die Badenser für die Zukunft die Parteitagsbeschlüsse als für sich bindend anerkennen. Wir wollen nicht nur schöne Reden hören und papierne Resolutionen fassen, sondern Sicherheit haben, daß nicht wieder dieser Streit den Parteitag beschäftigt und daß die Beschlüsse der höchsten Instanz respektiert werden. (Lebh. Beifall.) Wir haben die Gründe der Minderheit sorgfältig und gewissenhaft erwogen, aber es wäre doch die verkehrte Welt, wenn die Mehrheit sich der Minderheit unterwerfen sollte. (Sehr wahr!) Die badischen Genossen mußten die Erregung in der Partei vorher wissen, haben also mindestens den dolus eventualis des Disziplinbruchs gehabt. (Gr. Heiterkeit. Zuruf b. d. Badensern: Staatsanwalt!) Ich sage das nicht im Sinne eines Staatsanwalts, ich weiß genau, wie geistlos und unwahr es ist, wenn man der Partei Dogmenglauben, Inquisition und Kadavergehorsam nachsagt. Die Nationalliberalen sind mit ihren Menck, Heyl und Oriola sehr rasch fertig geworden, wir aber dulden immer noch Genossen, die die überwiegende Mehrheit für nationalliberal hält. Ein Disziplinbruch ist entschuldbar, wenn der, der ihn begeht, die Mehrheit der Partei hinter sich hat. (Zuruf: Wer kann das wissen!) Die badischen Genossen haben genau gewußt, daß die Mehrheit ihnen unrecht gibt. Die badischen Abgeordneten haben gewiß das Wohl der Partei im Auge gehabt, aber was dazu beiträgt, können sie nicht selbstherrlich beurteilen, darüber ist

der Parteitag höchster Richter.

(Sehr wahr!) Wir brauchen wirklich keine Studienkommission mehr, die die Badener fordern. Die Parteigenossen kennen heutzutage die Bedeutung der Budgetfrage genau. Sie wissen, daß im Zusammenhang mit ihr von Kolb und anderen systematisch versucht wird, die Partei von dem Boden der Dresdener Resolution zu entfernen. Das gibt der Frage erst den politischen Charakter. Die Haltung der Badener erinnert verteufelt an die Haltung der Liberalen im Block. (Beifall u. lebh. Widerspr.) Die Studienkommission mag später kommen, aber nicht verkoppelt mit der jetzigen Frage. Frank hat sich auf das Korrespondenzblatt der Generalkommission berufen, aber Legien hat den Disziplinbruch der Badenser aufs schärfste verurteilt. (Frank ruft: Berufen Sie sich nicht auf Legien, das ist ein schlechter Zeuge!) Wenn wir den Antrag Zubeil mit erdrückender Mehrheit annehmen, wird später auch die Minderheit einsehen, daß wir recht gehabt haben. (Lebh. Beifall.)

Riem-Dresden: Auch ich hätte gewünscht, daß die badischen Genossen den Nürnberger Beschluß gehalten hätten und hielten es nicht für notwendig, dem Budget zuzustimmen. Aber den guten Glauben muß man ihnen zusprechen. Wir in Sachsen wären sehr froh, wenn wir solch kleine Konzessionen erreichen könnten wie in Baden. Bei uns erkennt man die Eisenbahnerorganisation nicht an, sondern wirft jeden hinaus, der eine sozialdemokratische Versammlung besucht. Wir sollten auch unsere Errungenschaften nicht herabsetzen, das schadet in den Wahlkämpfen. Kein Agitator spricht so gering von unseren positiven Erfolgen. Dann sollten wir es auch hier nicht tun. Zubeil hat recht, daß wir nicht mit zweierlei Maß messen dürfen.

In zahllosen Fällen sind schon Parteitagsbeschlüsse durchbrochen worden, ohne die schweren Strafen, die man jetzt androht. Sogar die Leipziger haben die Wahlrechtsbeteiligung diszi plinwidrig abgelehnt. Um so mehr ist es unrecht, daß man jetzt einen Gesserhut aufrichten will, und wer ihn nicht grüßt, soll aus der Partei hinaus, der er sein Leben gewidmet hat, die ihm ein Stück Leben ist. Damit erzieht man nur Heuchler.

(Sehr wahr!) Unsere prinzipielle Feindschaft gegen den Klassenstaat bringen wir nicht nur in der Schlußabstimmung, sondern in jeder Rede zum Ausdruck. Aber was hat alles Reden für einen Zweck, wenn die Majorität schon auf Sonderparteitagen entschieden hat? (Beifall und Unruhe.) Wir sollten die Frage wenigstens einmal in einer Studienkommission eingehend und ohne Leidenschaft erörtern, um zu einem endgültigen Schluß zu kommen. (Beifall b. d. Süddeutschen.)

Fleißner-Dresden: Genosse Riem hat **nicht im Sinne der überwiegenden Mehrheit der sächsischen Parteigenossen** gesprochen. (Stürm. Beifall.) So wie die Dinge liegen, ist es unmöglich, daß Führer und Massen in Sachsen sich auf dem Boden der Konzessionsschulzenpolitik begeben. (Erneuter Beifall.) Wir haben stets die Parteitagsbeschlüsse hochgehalten, um so törichter sind die Redensarten vom Geßlerhut. Damit diskreditiert man nur Parteitagsbeschlüsse. (Beifall.) Sonderparteitage haben wir Radikalen erst von der anderen Richtung gelernt, die sie schon viel früher abgehalten hat. Es liegt in diesen Zusammenkünften gar nichts Bedenkliches. (Zuruf: Es ist nur der Neid auf unsere vielen Unterschriften!) Auch in Sachsen sind jetzt die Verhältnisse im Parlament von früher himmelweit verschieden. Aber das haben wir nicht durch Anpassung, sondern durch prinzipielle Kritik erreicht. Wir tun den Genossen der anderen Ländern nur einen Gefallen, wenn wir sie zwingen, den gleichen Weg einzuschlagen. (Lebh. Beifall.)

Kolb-Karlsruhe: Der Unterschied zwischen Baden und Sachsen ist nur scheinbar. Sachlich haben beide Fraktionen genau das gleiche getan. Die Sachsen haben den Einzelbudgets zugestimmt und erklärt, daß durch ihre Gesamtabstimmung diese Zustimmung nicht aufgehoben werde. Die Sachsen hatten nur nicht den Mut, offen die Konsequenz zu ziehen und gegen die Nürnberger Resolution zu handeln. Auch die neuen Anträge sind wieder nicht konsequent. Immer noch bleiben Ausnahmen bestehen, in denen das Budget bewilligt werden kann. Auf diese werden wir uns dann in Zukunft berufen können.

Der Meinungsunterschied zwischen uns und der bürgerlichen Demokratie besteht nicht in der Budgetabstimmung, sondern darin, daß sie die sozialen und politischen Reformen als Endzweck ansehen, wir nur als Mittel zum Zweck der vollständigen Umgestaltung der Gesellschaft. Alle Staaten, in denen die Partei etwas bedeutet, werden durch die Nürnberger Resolution in ihrer Arbeit gehindert.

Wie in Baden konnten uns nicht selbst politisch ausschalten, und die Frucht zweier Wahlkämpfe preisgeben. Was sollen denn die badischen Genossen in Zukunft tun. Man würde sie auslachen, auch wenn sie die besten Gründe haben, wenn sie in Zukunft auf Befehl gegen das Budget stimmten. Meiner festen Ueberzeugung nach wird diese Debatte nicht aufhören, bis der Nürnberger Beschluß aus der Welt geschafft ist und die notwendige Ellenbogenfreiheit erobert ist. (Beifall b. d. Bad.)

Südheim-Nürnberg: Kolb ist der böse Geist der Badenser, und auch von seinen heutigen Aeußerungen wird man sich manches für die nächsten Wochen und Jahre merken müssen. Ich schätze nicht gering, was die badischen Genossen errungen haben, aber höher steht mir die Parteieinheit. (Lebh. Beif.) Ich vermisse eine würdige und klare Erklärung, was die Badenser in Zukunft tun wollen. (Zuruf Franks: Der Antrag Zubeil ist kein Weg zu solcher Erklärung!) Auch in Süddeutschland war die Erregung über den Disziplinbruch außerordentlich groß. Die Schwäbische Tagwacht hat geschrieben, daß der Badische Parteitag in Offenburg es direkt zu einem Bruch mit der Gesamtpartei treiben zu wollen schien. (Zuruf Westmeyer.) Die Ablehnung des Budgets hätte sicherlich nicht so unangenehme Folgen für die Badenser gehabt wie jetzt die Zustimmung. Sie hätten ein Opfer bringen müssen, aber haben jetzt der Partei ein größeres auferlegt. Auch die Abgeordneten sind keine Instrumente des Himmels, sondern nur Sprachrohre der Massen. (Zuruf: Die badischen Massen stehen hinter uns!) Die Masse der Genossen hat einen Anspruch darauf, daß die Beschlüsse des Parteitages gehalten werden. Darauf beruht das Existenzrecht der Partei, die Möglichkeit einheitlichen freien Schaffens. Nur auf der Grundlage der Parteitagsbeschlüsse können wir eine einheitliche Kampffront bilden. Wir müssen mit der Parteidebatte über die Budgetfrage endlich ein Ende machen. (Lebh. Beifall).

Keil-Stuttgart: Das Unheil der Budgetdebatte führt hauptsächlich darauf zurück, daß man sie zu einem Streit der Richtungen gemacht hat. Auf Grund meiner praktischen Erfahrungen sage ich, daß mit dem Nürnberger Beschluß unmöglich auszukommen ist. Durch die Richtungsbrille wird nur die Entscheidung in sachlichen Fragen getrübt. Einen großen Teil der Schuld daran, daß der Karren verfahren ist, haben auch

die sozialistischen Monatshefte,

die keine ruhige Entwickelung der Partei zulassen, sondern alles treibhausmäßig zur Reife bringen wollen. Sie wollen neue Wege bahnen, aber sie versperren alle Wege zum Fortschritt. (Sehr wahr!) Ich stehe noch heute auf dem Boden der Lübecker Resolution, daß nur ausnahmsweise aus zwingenden Gründen das Budget bewilligt werden soll. Aber wir verbessern diese Resolution nicht, wenn wir auf eine unmögliche Resolution eine neue pfropfen. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Das ist eine Schraube ohne Ende und doch werden wir sie einst mit großem Kraftaufwand zurückdrehen müssen.

Die Budgetverweigerung ist eine Waffe, die wie alle anderen nicht ohne Ueberlegung und Bewußtsein geführt werden darf. Entscheiden Sie deshalb die Budgetfrage mit nüchternem Blick, ohne Richtungsbrille, wie es das Wohl der Partei erheischt. (Lebh. Beifall b. d. Südd.).

Die Fortsetzung der Debatte wird auf Mittwoch früh 9 Uhr vertagt.

Persönlich bemerkt Lipinski-Leipzig, daß die Leipziger sich auch in der Wahlbeteiligungsfrage den Entscheidungen der Instanzen gefügt hätten.

Kaysenstein-Berlin: Daß er nicht jede Verbesserung der politischen Zustände verworfen habe, aber diese nur dann schätze, wenn sie durch die eigene Kraft des Proletariats erobert seien.

Mit Rücksicht auf das heute Abend stattfindende Konzert, das die Magdeburger Parteigenossen dem Parteitage bieten, wird die Sitzung um 6¼ Uhr geschlossen.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 21. September 1910.

Frei von der Kasernendisziplin!

Heute sind in Halle die Reservisten der Infanterie der bürgerlichen sogenannten Freiheit wiedergegeben worden, ein Zeitpunkt, der von vielen von ihnen trotz des „lustigen Soldatenlebens" seit Monaten herbeigesehnt worden ist. Der Hauptmann hatte seine Kompagnie zum letztenmal um sich versammelt, und in seiner letzten Rede sagte er seinen Leuten, wie sehr er mit ihnen zufrieden gewesen sei, sie hätten „des Königs Rock" in Ehren getragen und möchten nun auch im bürgerlichen Leben betätigen, was sie als Soldaten gelernt hätten, vor allem die Königstreue. Die meisten Hauptleute haben bei dieser Gelegenheit mehr oder minder deutlich auch auf „gewisse Leute" hingewiesen, die den Staat zerstören wollen, Streits und Aufruhr anzetteln, von den Arbeitergroschen ein feines Leben führen und auch die braven Reservisten umgarnen möchten. Sie hofften aber, daß keiner den Lockungen folgen werde, sondern daß jeder in den Verein trete, in den allein er gehörte, in den Kriegerverein. Dort werde die Liebe zu König und Vaterland und zu den Kameraden gepflegt.

Daß die Reservisten den letzteren Wunsch nicht erfüllen werden, dafür haben die Kriegervereine selbst am besten gesorgt. Der Geist der Unfreiheit des Gewissenszwanges und oft genug auch die Kriecherei, die dort herrscht, stößt den denkenden Arbeiter ab. Er weiß einen andern Kriegerverein, in den er gehört, in dem er Gleichgesinnte und Gleichstrebende findet, das ist seine Gewerkschaft, sein sozialdemokratischer Verein. Das sind die wirklichen Kriegervereine, denn sie führen Krieg gegen das Unrecht, gegen eine unsinnige Wirtschaftsordnung, gegen das Elend, in dem Millionen braver Männer und Frauen trotz allen Fleißes leben müssen. Dieser Krieg ist es, den der Arbeiter zu führen, in dem er in festgeschlossenen Reihen mit seinen Kameraden zu kämpfen hat. Auch der Soldat hört und sieht, was in der Welt vorgeht, trotz seiner künstlichen Abgeschlossenheit. Er weiß von seinen Eltern und Freunden, welch ungeheuerliche Verbrechen die besitzende Klasse der nichtbesitzenden zugefügt hat, den Proletarier, zu denen auch er gehört. Unter den heute Entlassenen sind manche, die beim Mansfelder Klassenkampfe die Patronen bei sich trugen, die sie auf Vater und Mutter, Brüder und Schwester verschießen sollten. Damals mußten sie schweigen und voll inneren Grolles zuschauen, wie das klare Recht der brutalen Gewalt weichen mußte, wie Tausende braver Arbeiter geknebelt und gezüchtigt wurden, weil sie erwacht waren zum Klassenbewußtsein. Heute können sie reden. Heute können sie ihren Brüdern zurufen: Wir schießen nicht auf euch, wir kämpfen mit euch gegen die Gewaltherrschaft der Unterdrücker!

Die Arbeiter aber rufen den wiedergewonnenen Brüdern, denen zwei Jahre lang die wichtigsten Staatsbürgerrechte vorenthalten worden sind, ein herzliches Willkommen zu. Sie erwarten von den Heimkehrenden, daß sie durch vermehrte Anstrengung im Dienste der proletarischen Bewegung den Verlust von zwei Jahren auszugleichen suchen. Auf dem Manövergelände gab es nur eingebildete Feinde; die „Feinde", von denen im Instruktionsunterrichte gesprochen worden ist, und die gegebenenfalls Lust haben sollen, über Deutschland herzufallen, gibt es gleichfalls nicht. Dagegen gibt es einen wirklichen Feind der Arbeiter, einen Feind, dem die Kriegervereine leisten, den sie kräftigen sollen: den Klassenstaat mit seiner Klassengesetzgebung, seinem Klassenrechte und seiner Klassenrechtsprechung. Diesen Feind der Arbeiterklasse zu besiegen, ist jedes aus dem Kasernendienste Entlassenen wichtigste Aufgabe. Proletarische Reservisten, ihr wißt, wo heute euer Platz ist! Geht hin zu euren kämpfenden Brüdern und werdet Streiter, werdet „innere Feinde", denn euer heiligstes Recht, euer Klasseninteresse will es!

Der Streik der Holzarbeiter in der Waggonfabrik von Gottfried Lindner in Ammendorf

ist gestern nach ¼ jähriger Dauer unter Zustimmung der Lokalverwaltung und der Vertrauensmänner in einer Versammlung der Streikenden wegen Aussichtslosigkeit aufgehoben worden. Die Zahl der in den letzten Wochen durch die Agenten und Trabanten der Firma von auswärts mit ungeheuren Kosten herangeholten Streikbrecher war eine zu große geworden. Den Kampf mit Erfolg noch weiter zu führen, war daher aussichtslos, obwohl die in dem Betriebe beschäftigten „Arbeitswilligen" bei weitem nicht dem Anspruch der Firma genügen. Von den za. 70 in den Streik getretenen resp. ausgesperrten Holzarbeitern sind noch 18 Mann vorhanden, die anderwärts in Arbeit treten werden.

Scheinbar ist also die Firma Sieger geblieben. Aber sie kann wohl mit Byrrhus ausrufen: „Noch ein solcher Sieg und ich bin verloren!"

Die Sperre über den Betrieb wird hiermit aufgehoben. Wer also Lust hat, dem Eldorado der Firma Lindner, besonders unter der glorioſen Leitung des Betriebsleiters Oltersdorf und seiner Werkmeister, seine Kraft zur Verfügung zu stellen, dem steht nichts mehr im Wege. Die Mehrzahl der noch vorhandenen Streikenden verzichtet darauf.

Deutscher Holzarbeiterverband,
Zahlstelle Halle a. S.

Merkwürdige Streikfreunde.

Zu der Frage der freien Arztwahl wird uns geschrieben: Der blamagendurstige Soziale Ausschuß, der das Zeug in sich fühlt, als Schleppenträger des Leipziger Aerzteverbandes dessen Streik zu retten, besteht bekanntlich aus Elementen, die sonst abgesagte Gegner des Streiks sind, die teilweise das Wort der Schrift: auf dem Bauche sollst du kriechen usw. am liebsten wörtlich befolgen möchten. Die Gründe, die den „Ausschuß" zu einer solch eigentümlichen Stellungnahme veranlaßten, sind ja recht durchsichtig. Immerhin waren die Vorgänge in der

Es gibt nur ein Urteil!

Die **Möbelfabrik C. Hauptmann, Halle a. S., Kl. Ulrichstr. 36** a. u. b, ist für einfache Möbel-Ausstattungen anerkannt das grösste und leistungsfähigste Spezialhaus. Zwanglose Besichtigung für jedermann von grossem Wert!

Grösste Auswahl! Reelle, grundsolide Bedienung!

Kulanteste Zahlungsbedingungen!

Kaiserfäle-Versammlung speziell für einen Handlungsgehilfen hochinteressant. Verteidigte doch Herr Müller, der Vorsitzende des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, das Streikrecht der — Aerzte; derselbe Herr Müller, der in demselben Saale bei einer Versammlung des D. H. V. den Vorsitz geführt hatte, — einer Versammlung, in welcher Herr Alfred Roth vom Hauptvorstand des D. H. V. erklärte, er halte den Streik der Arbeitnehmer für unmoralisch! Nun wird ja schon immer die gewaltsame Interessenvertretung der Handlungsgehilfen als „nicht standesgemäß" bezeichnet. Deshalb sagt die Deutsche Arbeitgeberzeitung im Einverständnis mit den wackeren Gehilfenführern: „Andererseits aber möchten wir auch vor übertriebenen Befürchtungen warnen; noch immer dürfte ein großer Teil der Handelsangestellten zu hoch stehen, um sich rein proletarischer Kampfesmethoden zu bedienen." Nun beträgt das Durchschnittseinkommen eines Handlungsgehilfen nach der Statistik des D. H. V. 1714 Mark. Wenn daher die Herren vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband den Aerzten das Streikrecht zubilligen, ihren eigenen Mitgliedern aber aus Gründen des höheren Standesbewußtseins verweigern, so dürfen die Herren Aerzte über die niedrigere Einschätzung ihres Standes durch ihre Mantelträger eigentlich etwas pikiert sein.

Die Herren vom D. H. V., die eine Blamage nach der andern über sich heraufbeschwören, sehen mit gemischten Gefühlen den kommenden Kaufmannsgerichtswahlen entgegen. Sie begeben sich daher auf die Suche nach Agitationsmaterial und glauben bei der Kaufmännischen Ortskrankenkasse das nötige gefunden zu haben. Wir wollen ihnen nun ein Feld zeigen, das ergiebiger ist, nämlich die Deutschnationale Kranken- und Begräbniskasse. Als im Jahre 1906 der Statistiker R. E. May der Krankenkasse des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes eine Pleite vorausberechnete, wurde er in der üblichen deutschnationalen Weise beschimpft, nicht aber widerlegt. Nach der Deutschen Handelswacht vom 15. Mai 1906, 15. Mai 1907 und vom 15. Mai 1908 war der tatsächlich vorhandene Reservefonds der Deutschnationalen Krankenkasse

Ende 1905	um 93 499,29 Mk.	höher
„ 1906	„ 75 529,07 „	„
„ 1907	„ 28 174,59 „	„

als das Gesetz vorschreibt. — Es ging also mit Riesenschritten abwärts, so daß die Leitung der Kasse von der Generalversammlung 1908 eine Beitragserhöhung beschließen lassen mußte, die am 1. März 1909 in Kraft trat. Im Jahre 1908 konnten (nach der Deutschen Handelswacht vom 15. Mai 1909) dem Reservefonds nur 16 250 Mk. zugeführt werden, der Ende 1908 um 41 266,09 Mk. niedriger war, als den gesetzlichen Bestimmungen entsprach. Das Defizit ist trotz der Beitragserhöhung inzwischen so groß geworden, daß es die Verwaltung der Deutschnationalen Kranken- und Begräbniskasse für angebracht hielt, in der Deutschen Handelswacht vom 1. Juni 1910 eine Jahresrechnung zu geben, die diese Tatsache, im Gegensatz zu der offenen Rechnungslegung der früheren Jahre, verschleiert. Es läßt sich aber, da nach § 25 des Hilfskassengesetzes der Reservefonds dem Durchschnitt der Ausgaben der letzten fünf Jahre gleich sein soll, aus den früheren Jahresberichten der Kasse berechnen, daß der Reservefonds Ende 1909 um etwa 60 000 Mk. bis 65 000 niedriger ist, als das Gesetz vorschreibt. Also in einem Zeitraum von vier Jahren hat die Kasse ein Plus von 93 000 Mk. verwirtschaftet und sich trotz der Beitragserhöhung ein Minus von etwa 60 000 bis 65 000 Mark auf den Hals geladen.

Herr Müller verlangte in seiner Resolution das Eingreifen der Behörde, weil er, wie er pathetisch erklärte, „diesen Zustand" nicht länger mit ansehen könne. Danach scheint es, als verständen der Herr unter „Remedur" etwas wie die Wirtschaft in der Krankenkasse seines Verbandes.

Es ist wirklich traurig, daß sich das Gros der Handlungsgehilfen von solchen und ähnlichen Leuten gängeln läßt. Diese Führer predigen eine Interessenharmonie, die sie selbst schon hundertmal widerlegt haben. Sie schwingen mit teutschem Stolz den Bettelsack und verkriechen sich vor der Prinzipalität unentwegt ins Mausoleoh. Sie empfehlen den Kollegen zur Verbesserung ihrer Lage Mittel, die an Lächerlichkeit unerreicht sind. Bei solchen Widersprüchen ist es freilich notwendig, daß man den Handlungsgehilfen recht vielen Standes dünkel einpaukt, denn sonst würden sie — denken lernen.

(Zu der Versammlung am kommenden Freitag, an der sich hoffentlich die Freunde der freien Arzwahl recht reichlich beteiligen werden, sind obige Ausführungen jedenfalls von einigem Interesse. D. R.)

Schwurgerichtssession.

In der am 26. September 1910 beginnenden Sitzungsperiode des Königlichen Schwurgerichts zu Halle a. S. kommen folgende Sachen zur Verhandlung:

Am 26. September, vormittags 9 Uhr, gegen den Gelbgießereibesitzer Wilhelm Koch aus Halle a. S., zurzeit in Lucau in der Strafanstalt, wegen Verleitung zum Meineid und den Schuhmacher Hermann Bastian, hier in Haft, wegen Meineides;

am 27. September, vormittags 9 Uhr, gegen den Invaliden Wilhelm Lüddecke aus Halle a. S., wegen Urkundenfälschung und versuchten Betrugs;

am 28. September, vormittags 9 Uhr, gegen den Händler Christian Hermann Hamann, hier in Haft, wegen versuchten Totschlags.

Voraussichtlich werden noch einige Sachen zur Verhandlung kommen.

---

* **Die Michaelisferien** beginnen in sämtlichen hiesigen Schulen am Sonnabend, 1. Oktober. Wiederbeginn des Unterrichtes ist für die Volksschulen auf den 17. Oktober, für Mittel- und höhere Schulen auf den 18. Oktober festgesetzt.

* **Veteranenbeihilfe und Invalidenrente.** Das Reichsversicherungsamt hat entschieden, daß die reichsgesetzliche Veteranenbeihilfe nicht zu den pensionsähnlichen Bezügen gehört, die unter Umständen den Bezug der Invalidenrente ausschließen. Das Gesetz vom 22. Mai 1895 gewährte die Beihilfe nur dann, wenn der ehemalige Kriegsteilnehmer Erwerbsunfähigkeit, Bedürftigkeit und Würdigkeit aufweist. Eigenschaften, die in den Ausführungsbestimmungen näher umschrieben sind. Beim Fortfall einer dieser Eigenschaften muß die Beihilfe eingestellt werden. Damit entfällt der Beihilfe der Charakter eines pensionsähnlichen Bezuges im Sinne des § 48 des Invalidenversicherungsgesetzes.

* **Zeit zum Schulbesuch.** Nach § 120 der Reichsgewerbe-Ordnung sind die Gewerbeunternehmer verpflichtet, ihren Arbeitern unter 18 Jahren, welche eine von der Gemeindebehörde oder vom Staate als Fortbildungsschule anerkannte Unterrichtsanstalt besuchen, hierzu die erforderliche Zeit zu gewähren. Wer dem zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 20 Mk. oder drei Tagen Haft bestraft.

* **Wer noch 50-Pfennig-Stücke hat,** muß sich beeilen, sie abzuliefern. Nur noch bis zum 30. September wird das außer Kurs gesetzte Geldstück von den öffentlichen Kassen und der Reichsbank entgegengenommen. Nach diesem Termin sind die alten 50-Pfennig-Stücke als Geld wertlos.

* **Ein Nachspiel zur Bauarbeiter-Aussperrung** kam gestern vor der Strafkammer in der Sache des Bauarbeiters Paul B. von hier zur Verhandlung. B. war vom hiesigen Schöffengericht wegen versuchter Nötigung und Beleidigung zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Am 4. Juni sollte der Arbeiter Reinepfennig, der während der Aussperrung arbeitete, von dem Beschuldigten und anderen Personen überfallen, beleidigt und zur Arbeitseinstellung genötigt worden sein. Der Arbeitswillige gab in der Berufungsinstanz an, überfallen sei er gerade nicht; B. habe ihn nur Lump genannt und an dem Rockärmel gefaßt, um ihn in das Verbandslokal zu zottein. Von wem er geschlagen sei, wisse er nicht. Der Angeklagte bestritt, sich strafbar gemacht zu haben und sein Verteidiger stellte entschieden in Abrede, daß B. sich der Bedrohung und Gewalt schuldig gemacht habe. Die Strafkammer kam jedoch zur Verwerfung der Berufung, was nach dem jetzigen Kurse der Justiz nicht besonders auffällig erscheinen dürfte.

* **Der Bauunternehmer Herr Kern** fühlt sich durch die Notiz in Nr. 217 des Volksblattes: Bauarbeiter, seid gewarnt! beleidigt und behauptet, daß die bei ihm beschäftigten Arbeiter ihr Geld bekommen hätten. Heute ist das allerdings der Fall. An dem Lohntage der Woche vom 4. bis 10. September aber haben die Arbeiter ihren Lohn nicht vollständig erhalten. Hr. Kern wird nicht bestreiten, daß er erst von auswärts Geld hat holen müssen. Es ist uns auch mitgeteilt worden, daß der Restlohn erst am letzten Montag gezahlt worden ist. Danach hatten wir in voriger Woche nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Bauarbeiter entsprechend zu warnen.

* **Zur Beachtung!** Infolge des durch den Parteitagsbericht bedingten Raummangels müssen die Mitteilungen in der Rubrik Gerichtssaal usw. auf das Allernotwendigste beschränkt und zum Teil verschoben werden. Ueber eine gestern vor dem hiesigen Schöffengericht stattgehabte Verhandlung, gegen einen hiesigen Zahntechniker kann erst morgen berichtet werden.

* **Im Volkspark** findet am Donnerstag abend 8½ Uhr eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Herr Rudolf Lange-Berlin sprechen wird. Sein Thema lautet: Was lehren uns die letzten Ereignisse in der deutschen Arbeiterbewegung? — Wir weisen darauf hin, daß es sich um keine Parteiveranstaltung handelt. Die Versammlung ist von Anarchisten einberufen worden.

* **Von der Fleischpreis-Notierungskommission** am hiesigen städtischen Schlacht- und Viehhofe wurden am Montag, den 19. September 1910, folgende Fleischpreise festgestellt: Es wurden bezahlt für 50 kg Fleisch gewicht für Ochsen: Höchster Preis 70, niedrigster Preis 66, häufigster Preis 69 Mk.; für Bullen: Höchster Preis 70, niedrigster Preis 66, häufigster Preis 69 Mk.; für Kühe: Höchster Preis 68, niedrigster Preis 54 Mk.; für Saugkälber: Höchster Preis 82, niedrigster Preis 77, häufigster Preis 80 Mk.; für Lammer und Masthammel: Höchster Preis 75 Mk.; für Schafe: Höchster Preis 68, niedrigster Preis 63, häufigster Preis 66 Mk.; für Schweine: Höchster Preis 71, niedrigster Preis 67, häufigster Preis 69 Mk. Bei den Schweinen verteilt sich der Preis auf 50 kg Schlachtgewicht. Gewogen und bezahlt werden nur die beiden Körperhälften, einschließlich des Schmeeres unter unentgeltlicher Zugabe des sogenannten Krames: Geschlinge, Magen, Darm, Mittel und Blut.)

* **Stadttheater.** In der ersten Operetten-Aufführung der diesjährigen Saison am Donnerstag, welche Die Fledermaus bringt, sind die Hauptpartien wie folgt besetzt: Rosalinde: Frau v. Boer, Adele: Fräulein Hausmann, die in dieser Partie zum ersten Male im neuen Engagement auftritt, Eisenstein: Herr Göbel, Alfred: Herr Gruselli, Gefängnisdirektor Frank: Herr Stahlberg, Frosch: Herr Thies, Orlofsky: Frau Walter-Hörig; die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Sauer, die Regie Herr Stahlberg. Nächste Aufführung von Taifun Freitag abend. Sonnabend zum letzten Male: Fra Diavolo. Sonnabend abend: Die Zauberflöte.

* **Sinfonie-Konzerte des Stadttheater-Orchesters.** (Veranstalter: Geheimrat Richards; Musikalische Leitung: Eduard Mörike). Die Frist zur Erneuerung des Abonnements für die bisherigen Abonnenten läuft kommenden Sonnabend ab. Das erste Konzert im Oktober enthält Werke französischer Meister und als Hauptnummer die symphonische Suite Un Impression d'Italie von Gustave Charpentier, der als Komponist des Musikdramas Louise den weitesten Kreisen bekannt ist. Als Solistin ist die Kammersängerin Eva von der Osten gewonnen worden. Die Daten der einzelnen Konzerte werden demnächst veröffentlicht werden. Abonnementsanmeldungen auf die durch Nichterneuerung freiwerdenden Plätze nimmt die Hof-Musikalienhandlung von Reinhold Koch entgegen.

* **Ein schwerer Junge,** der auch Halle mit seinem Besuch beehrt hatte, ist in Dresden dingfest gemacht worden. Es handelt sich um den 23jährigen in Lübeck geborenen Bildhauer Hermann Hans Gelling. In Dresden hat Gelling vor seiner Festnahme noch fünf Einbruchsdiebstähle verübt. Außerdem konnten ihm bisher schon schwere Diebstähle in Magdeburg, Halle, Erfurt, Eisenach, Weimar, Altenburg, Plauen, Chemnitz, Elberfeld, Dortmund und Leipzig nachgewiesen werden. Die in seinem Koffer vorgefundenen gestohlenen Gegenstände — Gold- und Silbersachen, Schmuck- und Gebrauchsgegenstände, Wertpapiere usw. — repräsentieren einen hohen Wert. Bei seiner Festnahme in früher Morgenstunde trug der gefährliche Mensch zwei geladene Revolver bei sich.

* **Ein Lichtspiel-Theater** eröffnet der Besitzer des Hansatheaters Herr Rüster, morgen Donnerstag, im Hause Merseburgerstraße 22. Wir weisen auf die Eröffnungsanzeige hin.

Osmünde. Ueber die Polizeihundgefahr haben wir bereits des öfteren berichtet und auch immer darauf hingewiesen, daß dem Spürsinn der Polizeihunde meist nicht zu vertrauen ist. In großer Zahl sind schon solche Feststellungen erfolgt, so daß vor der Verherrlichung des Polizeihund-Spürsinns nicht oft genug gewarnt werden kann. Von der Polizei und sonstigen Hundebesitzern wird die Sensationspresse zur Reklame benutzt, indem sie recht drastisch die „Heldentaten" dieser Hunde schildern muß, natürlich nur die erfolgreichen — von der großen Zahl der erfolglosen Verwendungen erfährt niemand etwas.

So ist wieder über einen Fehlgriff des Ammendorfer Polizeihundes zu klagen. Es handelt sich um einen Einbruchsdiebstahl, der in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag im hiesigen Konsumverein verübt worden ist. Der Dieb eignete sich 40 Mark bares Geld und eine Kiste Zigarren an, auch labte er sich an Bratkeringen. Am Montag erschien der Polizeihund aus Ammendorf in Begleitung von zwei Gendarmen. Die aufgenommene Verfolgung führte in ein Haus, die getroffenen Feststellungen waren jedoch resultatlos. Der Hund wurde wieder angelockt und schnupperte im Nachbarhause an einem kleinen Hündchen herum. Unverrichteter Sache mußten Hund und Gendarmen abziehen. Der Unfehlbarkeitsglaube, von dem diese Züchter und Besitzer von Polizeihunden ergriffen sind, wird erst verschwinden, wenn die Polizeihunde-Verherrlichung durch die Generalanzeigerpresse eingestellt wird.

Soziales.

Eine Entwickelung der Lebensversicherung.

Wie das Versicherungswesen überhaupt, so hat namentlich die private Lebensversicherung in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen. Die Unsicherheit der Existenz, in Verbindung mit den gehobenen Ansprüchen, die nun einmal an die Lebensführung gestellt werden, treibt immer mehr Personen, für den Fall der Bedürftigkeit, durch eine Versicherung Vorsorge zu treffen. Alle Hinweise auf die bedenklichen Einrichtungen mancher der privaten Versicherungsunternehmungen sind aus diesen Gründen auch vergeblich.

Von den 43 Lebensversicherungsgesellschaften, welche dem Kaiserlichen Aufsichtsamte für Privatversicherung unterstehen, wovon 26 Aktiengesellschaften und 17 Gegenseitigkeitsvereine darstellen, wurden im Jahre 1909 insgesamt 212 529 Lebensversicherungen neu abgeschlossen. In Abgang kamen 96 801 Versicherungen, sodaß ein reiner Zuwachs von 115 728 Policen verbleibt. Der Gesamtbestand an Kapitalversicherungen bezifferte sich bei den 43 Versicherungsgesellschaften Ende 1909 auf 12,6 Milliarden Mark. Ende 1907 waren es nur 10,6 Milliarden Mark. Eine ganz besondere Entwicklung hat die „Volksversicherung" (die Versicherung um geringe Summen, zumeist ohne ärztliche Untersuchung und mit geringen wöchentlichen Beiträgen) genommen. Hierin wurden 1909 insgesamt 1 223 344 Versicherungen über 275 475 303 Mark neu abgeschlossen (gegen 1 681 000 Versicherungen mit 219 000 000 Mark im Jahre 1907). Am Schlusse des Jahres 1909 bestanden 7 767 070 „Volksversicherungen" über 1 403 878 Mark. Auf die einzelne Versicherung entfiel somit der Betrag von 181 Mark durchschnittlich (gegen 177 Mark im Jahre 1907.)

Wie bedenklich gerade die „Volksversicherungen" sind, geht daraus hervor, daß bei ihnen etwa 25 Prozent der eingehenden Prämienbeträge für die Verwaltung aufzuwenden sind. Nach der letzten amtlichen Statistik wurden bei den zehn Aktiengesellschaften, welche die Volksversicherung betreiben, zirka 21 Millionen Mark für Versicherungsunfälle aufgewendet. Die Verwaltung kostete weit mehr als die Hälfte dessen, was für Entschädigungen hergegeben wurde. Der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben betrug 15½ Millionen Mark, das waren über 20 Prozent der eingehobenen Prämien. Diese großen Gewinne resultieren hauptsächlich aus dem vorzeitigen „Verfall" der Policen wegen unterlassener Beitragszahlung.

Die Tendenz der Zentralisation wirtschaftlicher Unternehmungen macht sich auf dem Gebiete des Versicherungswesens bemerkbar. Ende 1909 entfielen fast drei Fünftel des Lebensversicherungsbestandes allein auf acht Versicherungsgesellschaften. Obenan steht die Viktoria, dann folgt die Gothaer — beide mit über je einer Milliarde Mark Versicherungsbestand. Die Gelder sind zum größten Teil in Hypotheken angelegt.

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.,
Harz 42/43, Hof, 2 Treppen.
Sprechstunden nur Wochentags von 11½—1½ Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen. — Telephon Nr. 1541.

Sprechstunde der Redaktion von ½12 bis ½1 Uhr.

Bestbewährte gesunde und magendarmkranke Kinder- Kufeke -Krankenkost Nahrung für: sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Bei Kredit-
entnahme wird jedem Kunden **strengste Diskretion** zugesichert. Beamte u. Kunden die ihr Konto beglichen, erhalten **Kredit** ohne Anzahlung bei
N. Fuchs
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I. II. III.
Verkauf auf Kredit!

Möbel
auf **Kredit;**
für
48 M., Anz. 3 M.
98 „ „ 5 „
142 „ „ 10 „
197 „ „ 12 „
280 „ „ 20 „
350 „ „ 28 „
Einzelne Möbel
2 M. Anzahlung.
N. Fuchs
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I. II. III.
Wegen ohne Firma.

Auf Kredit
zu denkbar günstigen Zahlungsbedingungen.
Anzügen. Paletots
schwarz u. farbig.
Anz. 1.50, 3, 5, 7, 9, 12 M.
Damen-Jackells, Paletots und Kleider
Anz. 3, 5, 7, 9 M.
Manufaktur- und Schuhwaren.
N. Fuchs
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I. II. III.
Streng diskret.

Für die **neue Wohnung**
Büfetts, Salonschränke, Etageren, Vertikows, Schränke, Tische, Stühle, Garnituren, Schreibtische, Schreibstühle, Sofas, Spiegel, Trumeaus, Uhren, Regulateure, Teppiche, Gardinen, Luxusmöbel etc.
Kinderwagen
2 M. Anzahlung.
N. Fuchs
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I. II. III.
Kredit nach auswärts.

Als **Spezialität:**
Kompl. Schlafzimmer, Wohnzimmer, Salons, Speisezimmer in allen Holz- und Stilarten.
Die An- und Abzahlung darf jed. Käufer selbst bestimmen.
Kompl. Küchen
Anz. 5, 8, 10, 15 M.
N. Fuchs
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I. II. III.
Lieferung frei.

Auskünfte
über Kreditgewährung werden täglich im Kontor, auch schriftlich bereitwilligst erteilt.
Ansicht meiner in 3 grossen hellen Etagen ausgestellten Läger ohne Kaufzwang gern gestattet.
N. Fuchs
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I. II. III.
Verkauf auch gegen bar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219100922-13/fragment/page=0007

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: **Paul Blüthgen.**

Die todesmutigen 4 Original-Perez.
The Mais Sisters in ihren halsbrecherischen Leistungen.
Das mystische Rätsel und die übrigen Sensationen **La Dame Masqué** muss man gesehen haben!
Anfang präzise 8 Uhr. — Gewöhnliche Preise.

Neu! Grosse Neu!

Eröffnungs-Vorstellung des Lichtspiel-Theaters

Merseburgerstr. 22. Merseburgerstr. 22.

Küster,

Besitzer des „Hansa-Theaters" und des ::: „Lichtspiel-Theaters" Halle-Süd. :::

KIOS - Kurprinz Abu Sekkim **3** Fürsten Bristol **4** Welt-Macht Fleur de Kios **5** Pfg.
Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios" o E. Robert Böhme, Dresden.
Lieferant der französischen Tabak-Regie.

Die deutsche Gewerkschafts-Bewegung

von **Karl Legien.**

Zweite, umgearbeitete Auflage. **Preis 25 Pf.**
Zu beziehen durch alle Austräger und die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/43.

Zeitz.

Rest. zum Felsenkeller.
Sonnabend den 24. September:
Kaffee - Kränzchen
mit reichhaltiger Unterhaltung.
Es ladet freundlichst ein
Konrad Schröder.

Gasthof Luckenau

Sonntag den 25. September
Stiftungsfest mit Ball
des
Arbeiter - Gesang - Vereins Luckenau,
wozu mit **Speise** und **Trank** bestens aufwartet
Reinhold Herzog.

Möbel-Fabrik

der
Vereinigt. Tischlermeister,
Kl. Steinstrasse 6,
empfiehlt ihre Fabrikate zu **festen und soliden Preisen.**

Fahrräder jetzt **extra** billig,
beste **Nähmaschinen,** Fabrikate!
Naumann, Köhler, Blesoit & Locke,
in allen Preislagen.
Sprechapparate in hocheiner Ausführung,
30% billiger als durch Reisende.
Riesige Auswahl in Platten, schon von **90 ₰** an.
Emil Schneider, Zeitz, Kalkstr. 1.
Alle Reparaturen.

Jagdwesten
Strickjacken
Fleischerjacken
Flanelljacken
kauft man am besten u. **allerbilligsten** bei
M. Gottheil,
Gr. Klausstr. 9. Ecke Oleariusstr.

Küchenlampen
billigst bei
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

---

50 Mark Wochenlohn

oder 50–60% Provision

erhält jeder, der den **Vertrieb** meiner weltberühmten und konkurrenzlosen **Aluminium-Schilder** und **-Waren** übernimmt, denkbar leichte Neuheiten u. **konkurrenzlose Weihnachtsartikel.** — Vertretung wird auch als Nebenbeschäftigung übertragen. — Aluminiumwaren sind spielend leicht verkäuflich. Auskunft und Muster gratis. Es versäume daher niemand, anzufragen. Postkarte genügt. Adresse:
Schilderfabrik,
Post Erbach i. Westerwald.

Zu verkaufen:

1 Vertiko	25.00 M.
1 Waschtisch	9.00 M.
1 Paneelbrett	4.00 M.
1 rundes Tischchen	6.00 M.
1 Kinderstich u. Stuhl	6.00 M.
1 Wandschränkchen	6.00 M.
1 kleiner Koffer	3.00 M.
1 Kinderbett	4.50 M.
3 Fußbänke à	1.50 M.
6 Kuchenbretter à	1.50 M.
1 Küchenrück	2.50 M.

Diemitz, Breitestrasse 30.

Pa. Heringe,
3 Stück 10 Pf.
Franz Rudloff, Rannischestraße.

Zeitz. Zeitz.
Hamburger Fischhalle.
Größtes Fisch-Spezialgeschäft am Platze.
Große Auswahl in frischen **Seefischen** zu billigsten Tagespreisen. ff. Räucherwaren, tägl. 3—4 mal frisch, direkt aus der Räucherei eintreffend.
Beste Bezugsquelle f. Händler.

---

4 Plüschsofas,
nur kurze Zeit gebraucht, moderne gute Ausführung, weit unter Preis spottbillig zu verkaufen Geiststr. 21, 1 Tr.

Pantoffelmachern
empfiehlt: **Filsch, Cord, Futter- und Sohlenfilz**
F. Noah, Gr. Klausst. 7.

Es gibt kein

besseres Hausgetränk, als den echten **Kardinal-Malz-Kaffee!**

Strickwolle

Wolle **EE** sehr ergiebig	½ Pfd. **42** Pfg.	Pfd. **1**⁹⁰
Wolle **AB** sehr haltbar	½ Pfd. **52** Pfg.	Pfd. **2**⁴⁵
Wolle **CC** hart, eingeführte Marke	½ Pfd. **65** Pfg.	Pfd. **2**⁹⁵
Wolle **16 DD** Schmidt, Altenburg	½ Pfd. **68** Pfg.	Pfd. **3**¹⁵
Wolle **16 extra** Spezial-Marke	½ Pfd. **75** Pfg.	Pfd. **3**⁵⁰
Hammonia-Wolle	½ Pfd. **90** Pfg.	Pfd. **4**³⁵
Rockwolle 8fach	½ Pfd. **85** Pfg.	Pfg. **4**¹⁰

Sämtliche Wolle führen wir in schwarz und farbig.

Hamburger Engros-Lager Loopold

Nussbaum

Halle a. S. Gr. Ulrichstrasse 60/61.

Friedrich Jesau

vorm. Wilh. Reupsch

Kontor und Lager Dessauerstrasse 50 empfiehlt **Fernsprecher Nr. 206 u. 208**

Ia. Salon-Briketts

Luckenauer und Thüringer Nasspresssteine, prima westfälischen und schlesischen Brechkoks für Zentralheizungen, **Gaskoks,** gebrochen und großstückig, **prima engl. Anthracit, Marke „Sunrise Big Vein", böhmische, Schmiede- und Holzkohlen etc.**
Bestellungen werden auch in meiner Annahmestelle **Gr. Steinstr. 47** entgegengenommen.

Vollheringe,

große, fette,
6 Stück 25 Pfg.
Marmelade,
2 Pfd.-Eimer 55 Pfg.
Puddingpulver,
10 Pakete (sortiert) 50 Pfg.
Ernst Weinhold,
Rathausstr. 6, am Markt.

Nur solange der Vorrat reicht!
Bratheringe
3 Stück 10 Pfg.
Ernst Weinhold,
Rathausstr. 6, am Markt.

Es lohnt sich wirklich nach Brühl zu gehen. Sie finden da bei
Albrecht Köttnitz in Zeitz
allergrößte Auswahl in allen Arten
Herren- u. Knabengarderobe
nur besseres Fabrikat, zu bescheidenen Preisen.

Tafelbutter ca. 10 Pfd.-Cofli 8.50 M.
Elsenbeiglis 4.50 M.
1 Probecofli ½ Butter ½ Honig 7.50 Mark. **Spitzer, Tluste B. 55** via Breslau.

Bettnässen!

Befreiung garantiert. Ausk. umsonst. Alter u. Geschlecht angeben. **Schoene & Co., Frankfurt a. M. 273.**

Grudeöfen aller Systeme in jed. Preislage, sowie alle Blecharbeiten bei **A. Domke,** *Taubenstr. 9 (fr. Ritterstr. 5).

Bitterfeld.

Metropol-Theater,

Dessauerstraße 19.
Den geehrten Abonnenten zur Kenntnis, daß ich mein **Kinematographen-Theater** jede Woche von Freitag bis Sonntag geöffnet halte und mich stets bemühen werde, das **Neueste und Interessanteste** zu bringen.
Um gütigen Zuspruch bittet
Wilhelm Prange.

Kribbel-Krabbel

gegen Kopfläuse.
Per Flasche 30 und 50 Pfg.
Nur echt in der
Drogerie Max Rädler,
Rannischestraße 2.

Kleiderschrank, Vertiko, Tisch, Ovaltisch, Waschtisch mit und ohne Marmorpl., **Nachtschränkch., Stühle, Auszugtisch billig zu verkaufen Neumarktstraße 5, part.**

Papier- u. Pappenabfälle
kaufen jeden Posten
Kl. Brauhausstr. 20.

Arbeitsmarkt

Steinsetzer stellt ein
Bruno Sperber, Schafstädt.

Frauen

zum Kohlen-Abtragen
sofort gesucht. **Brüderstr. 5 pt.**

Wohnungs-Anzeigen

Eine Wohnung zu vermieten, sofort oder später beziehbar.
Kühling, Kretzschau.

Jeden Donnerstag
Schlachtefest.
F. Hanf,
5. Vereinsstr. 13. Tel. 1586.

Stiefel u. Schuhe werden **billig besohlt** und **repariert** mit gutem gebrauchtem **Riemenleder.**
J. Sternlicht, Alter Markt 11.

Standesamt Weißenfels

vom 12. August bis 18. September.

Aufgeboten: Arbeiter Lorbeer und Lina Hofmann. Arbeiter Waldmann gen. Seidel u. Ella Böning. Buchbinder Friedmann und Auguste Irmer. Bäckermeister Schumann und Elsa Hempel. Arbeiter Pfeiffer und Elsa Alice Langenhorst a. Weißenfels). Schlossermeister Fordtran und Frida Rogosch (Hildesheim und Weißenfels).

Eheschließungen: Buchhalter Ernert u. Marie Rehme. Malermeister Stößel und Dora Grobla. Zuschneider Wenzel und Frida Schmelzer.

Geboren: Schlosser Hahn S. Arbeiter Mollnau S. Schneider Nemuth S. Schuhmacher Heinrich S. Maurer Gottschalk S. Maurer Deckert S. Kaufmann Schönemeyer S. Kaufmann Beltz S. Arbeiter Schlegel S. Kutscher Busch S. Schuhmacher Hoffmann T. Architekt Räser T. Bäckermeister Ritzmann Zw.-T. Arbeiter Kloß T. Arbeiter Zimmermann T. Schuhmacher Radam Tochter. Sergeanten Sommer T. Hilfsbremser Zeigermann T. Zuschneider Böhme T. Schneidermeister Kleindt T.

Gestorben: Charlotte Wiedemann, 4 Mon. Willi Tiemann, 16 Jahr. Martha Burgold geb. Oppermann, 31 J. Rudi Nebelung, 1 Mon. Hugo Schleffel, 3 J. Heinz Schönemeyer, 1 Tag. Irmgard Zander, 4 Mon. Herbert Nemuth, 6 Tage.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**
Jubiläums-Saison!
Gastspiel des Kölner Possen-Theaters Schmitz
mit der Novität:
Der Mann meiner Frau.
Stürmischer Lacherfolg!
Jack Bartzonis
weltberühmte **Löwengruppe**
(6 Löwen, 2 Tigerdoggen).
Eine neue Sensation:
Eine Dame im Löwenkäfig!
Miss Bartzoni
singt und **tanzt**
inmitten der Löwen im Löwenzwinger.
Und die **übrigen Attraktionen.**

Stadttheater Halle.

Direktion: **Geh. Hofrat M. Richards.**
— Fernruf 1181. —
Donnerstag den 22. Sept. 1910:
13. Vorstellung i. Ab. 1. Viertel.
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten
von Joh. Strauß.
Kassenöffnung 7 Uhr.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.

Freitag d. 23. September 1910:
14. Vorstellung i. Ab. 2. Viertel.
Novität! Zum 4. Male: Novität!
Taifun.
Schauspiel in 4 Akten
von Melchior Lengyel.

Emaille - Kaffeekessel
billigst bei
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Möbel: Kleidersekretäre 24 Mk., Vertikos 35 Mk., Spiegel m. geschl. Gl. **10 Mk., Sofas, Bettst., Matratzen, Tische, Stühle, Küchenmöbel billig zu verkaufen.**
August Hosse, Geiststr. 31.

Lumpen, Knochen, Papier, Eisen, Metalle, Gummi kauft
Albert Bodejun., Gr. Klausstr. 22.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg), 20. Sept.

Aufgeboten: Mechaniker Tauge und Hedwig Göhring (Medelstraße 4 und Saalberg 24). Kaufmann Danders und Luise Meyer (Rud. Haymstraße 6 u. Rannischestraße 13). Tapezierer Hanisch und Frida Schaper (Merseburgerstraße 101). Polizeisergeant Mogk und E. Nebe (Halle u. Benungen). Schornsteinfeger Just u. A. Robra (Halle und Klein-Quenstedt).

Eheschließung: Diplom-Ingenieur Regel u. Frida Schubert Schwetschkestraße 9 und Merseburgerstraße 102).

Geboren: Tischler Truppe S. (Bruckdorferstraße 4). Schlosser Nitzer T. (Beesenerstraße 2). Ingenieur Simon S. (Zwingerstraße 27). Postschaffner Groß S. (Turmstraße 154). Heizer Angermann T. (Rittergasse 1). Fleischermeister Trömel S. (Rud. Haymstraße 11).

Gestorben: Kaufmann Amar, 20 J. (Scharnhorststraße 10). Klempner Hoffmann, 26 Jahre (Glauchaerstraße 60). Arbeiters Bagang S., 5 Mon. (Alte Leipziger Chaussee 18). Kutschers Przygoda T., 4 Mon. (Röpzigerstraße 100). Weichenstellers Rödl Ebefrau Berta geb. Behr aus Merseburg, 58 J. (Elisabeth-Krankenhaus).

Nachruf.

Am 17. September starb nach langer, schwerer Krankheit der **Bergarbeiter**
Karl Sachse
im Alter von 20 Jahren. Die Proletarierkrankheit riß ihn aus unseren Reihen. Ein ehrendes Andenken werden wir ihm bewahren.
Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Zipsendorf.
Der Vertrauensmann.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen, sagen wir allen, welche seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten und ihn zur letzten Ruhestätte geleiteten, unseren aufrichtigsten Dank.
Im Namen sämtlicher Hinterbliebenen:
Ida verw. Elm.
Crimmitzschen bei Rehmsdorf.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Klaner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191009022-13/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 222 — Halle a. S., Donnerstag den 22. September 1910 — 21. Jahrg.

Gewerbegericht Halle.

Halle a. S., den 16. September 1910.

Abgewiesen. Der Schneidergeselle Porßer klagte gegen den Schneidermeister Peters wegen rückständigen Lohn in Höhe von 10 Mark. Der Beklagte bestreitet diese Forgerung. Der Kläger habe regelmäßig die Woche 20 Mark bekommen mit Ausnahme der Zeit, wo er nicht gearbeitet hat. Da der Kläger nicht in der Lage ist, den Beweis seiner Forderung zu erbringen, wird er kostenpflichtig abgewiesen.

Kein Versäumnisurteil trotz Abwesenheit des Klägers. Der Maurer Kühne und die Bauarbeiter Brandenberger und Künstling klagten gegen den Bauunternehmer Bandlowsky wegen rückständiger Löhne in Höhe von 49 Mark und zweimal 20 Mark. Der Beklagte ist nicht erschienen, deshalb hätte auf Antrag der Kläger Versäumnisurteil erlassen werden müssen. Dies geschah aber sonderbarerweise in allen drei Fällen nicht, sondern nur in denen der Kläger Kühne und Künstling. Der Kläger Kühne stellte die Behauptung auf, Brandenberger habe früh einige Stunden gefehlt. Das Gericht ließ Kühne als Zeugen gegen Brandenberger zu und trat in die Verhandlung ein, ohne daß der Beklagte oder dessen Stellvertreter zugegen war. Das Urteil billigte dem Kläger 18 Mk. zu, 2 Mk. soll er zu Unrecht gefordert haben, da er einige Male zu spät an die Arbeit gekommen sei.

Rückständigen Lohn verlangte der Kellner Kähne von dem Restaurateur Schneider, und zwar 47 Mark für 47 Tage a 1 Mark. Der Kläger war bis 30. August bei Sch. beschäftigt. Er verließ an diesem Tage seinen Dienst ohne vorherige Benachrichtigung seines Auftraggebers. Aus diesem Grunde erhob dieser Gegenklage wegen Kontraktbruches, außerdem wollte er noch erhebliche Schadenersatzansprüche geltend machen. Bei der Beweisaufnahme versuchte der Beklagte durch Vorlegen eines umfangreichen Materials den Nachweis zu erbringen, daß er durch den Kläger geschädigt sei, was ihm aber nicht gelang. Der Kläger wurde wegen Kontraktbruches, da ein vorgelegtes ärztliches Attest nur allgemein gehalten war und er es nicht der Mühe wert gefunden hatte, sein Ausbleiben zu entschuldigen, verurteilt, sich einen Wochenlohn abziehen zu lassen. Zugesprochen wurden ihm 23,90 Mark.

Keine Beweise. Das Buffetfräulein Löther verlangte von dem Gastwirt Straub für 8 Tage 18 Mark Gehalt. Der Beklagte wandte ein, daß er berechtigt war, die Forderung abzuweisen, da das Fräulein seinen Anordnungen nicht Folge geleistet hätte. Da der von ihr angebotene Beweis, daß sie geschlagen und geworfen worden sei, nicht gelang, mußte die Klägerin abgewiesen werden.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Halle a. S., den 19. September 1910.

Ein keuscher Beamter. Ein Postschaffner im Alter von 27 Jahren hatte in der Nacht zum 1. August mit zwei Freunden eine Bierreise unternommen und dabei die Freunde auf dem Schlamm „verloren". Als er durch die verlockende Straße schlenderte, wurde ihm von einem Freudenmädchen ein Schimpfwort zugerufen, das ihn in sittliche Entrüstung brachte, da die Schöne, wie er „schamig" vor Gericht erklärte, „etwas zu weit ausgeschnitten" war. Der keusche Joseph eilte zu einem Polizisten, erstattete Anzeige und erzielte damit, daß die Venus, die seine Tugend gefährdet haben sollte, wegen Uebertretung der rigorosen Sittenbestimmungen zu zwei Wochen Haft verurteilt wurde. — Wer nachts auf dem Schlamm umherläuft, sollte sich doch über das Treiben der Prostituierten nicht entrüsten. Die Anzeige nimmt sich deshlab schon mehr wie sonderbar aus. Der „tapfere" Postbeamte sollte zur Beförderung empfohlen werden.

Versuchte Nötigung. Der 50jährige Schriftsteller August Hettler von hier hatte Bekanntschaft mit zwei Studenten und einem Privatschüler geschlossen. Da diese nicht ganz einwandfrei gewesen sein mögen, versuchte er, aus dieser Kenntnis für sich Vorteile zu schlagen. Mit dem Privatschüler, welcher sein Examen nicht bestehen zu können glaubte, wurde er einig, ein Verlagsgeschäft zu gründen, zu welchem Zwecke er vorläufig 800 Mark erheben sollte; er erhielt aber nur 100 Mark, womit das Geschäft „gegründet" wurde. In diesem sollte eine Bekannte des Privatschülers aus Berlin gegen ein Gehalt von 80 Mark monatlich Anstellung finden. Es kam aber zu keiner „festen" Anstellung, denn nach kurzer Zeit reiste sie wieder ab. Da freiwillig an Hettler nichts mehr gezahlt wurde, versuchte dieser es mit Drohungen, wozu er sich angeblich für berechtigt hielt. Im Oktober 1909 versandte er gedruckte Postkarten an verschiedene Bekannte der beteiligten jungen Leute, auf denen er ankündigte, daß demnächst zum Preise von 30 Pfg. eine Broschüre erscheinen werde, unter dem Titel: „Das Kleeblatt", in welcher das „gemeingefährliche Treiben" der Studenten geschildert werden sollte. Es wurden nun von den drei Personen Strafanträge gestellt, von welchen jedoch nur der des Privatschülers aufrecht erhalten wurde, während die Studenten die ihren zurückzogen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Hettler 9 Monate Gefängnis mit folgender Begründung: Hettler sei eine jener gemeingefährlichen Personen, welche Beziehungen unterhalten, um auf Grund dieser Verfehlungen irgend welcher Art Kapital für sich zu schlagen. Er sei aber mit seiner zweifelhaften Vergangenheit und seinen vielen Vorstrafen am allerwenigsten berufen, sich über andere zu entrüsten. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten. In der Begründung dazu wurde gesagt, man habe zugunsten des Angeklagten angenommen, daß er im guten Glauben gehandelt habe. Es sei deshalb nur Beleidigung in Tateinheit mit versuchter Nötigung angenommen, sonst wäre er viel härter wegen Erpressung bestraft worden. Das verwerfliche Tun und Treiben des Angeklagten zeige von niedriger Gesinnung, deshalb sei eine harte Strafe gerechtfertigt.

Statt des verbotenen Präservesalzes bringen Händler und Agenten verschiedene Ersatzmittel auf den Markt, welche zum Teil auch von den Fleischern gekauft werden. Diese Mittel enthalten aber alle schweflige Säure. Im Nahrungsmittelamt wurde in einem Falle auf 1 Kilo die Menge von 192 Milligramm Säure festgestellt. In den letzten Tagen wurde gegen 8 hiesige Fleischermeister vor dem Schöffengericht verhandelt, weil sie, um dem Fleisch eine schöne rote Farbe zu verleihen, obige Mittel angewandt hatten. In früheren Fällen wurde dieses Vergehen meistens mit 10 Mark gesühnt. Infolge der Häufigkeit der Fälle sah sich das Gericht aber veranlaßt, etwas schärfer vorzugehen, und verurteilte die Angeklagten zu je 25 Mark Geldstrafe.

Auf schlechtem Fuße mit der Polizei steht der Gastwirt Dommershausen. Er hat in seinem Lokale Polizeistunde und muß abends um 10 Uhr schließen. Am 21. Juli standen Kriminalbeamte vor seiner Tür Posten. Darüber, sowie über die vielen Kontrollen überhaupt war er sehr verärgert und sagte: „Da stehen sie nun wie die Brummochsen!" Mit 30 Mark Sühne wurde die Ehre der Polizei wieder repariert.

Aus den Nachbarkreisen.

Zeitz. Zu der famosen Riebeckschen Berichtigung wird uns von gut informierter Seite geschrieben: Schon sehr oft hatten wir Gelegenheit, die Richtigkeit der Riebeckschen Berichtigungen anzunageln. Auch über den Unfall, welchen der Häuer Fabian aus Theißen auf Grube 207 bei Reußen erlitt, wird in der Berichtigung ein starkes Stück geleistet. Es wird da „berichtigt", daß Fabian um 11¼ Uhr vormittags verletzt wurde. Wir fragen, welcher Beamte hat mit der Uhr in der Hand dabei gestanden, als das Unglück geschah? Durch Zeugen kann bekundet werden, daß F. gegen 10 Uhr vormittags verunglückt ist. Gegen 11 Uhr ist Fabian auf dem Förderkorbe zutage gebracht worden. Es heißt dann weiter, daß F. infolge seines ausdrücklichen Wunsches auf einen Wagen und nicht in den auf Grube 207 vorhandenen Krankenkorb gebettet worden ist. Dies ist eine blanke Unwahrheit. Ein Krankenkorb war auf Grube 379 bei Reußen bis zum Tage des Unfalles nicht vorhanden. Es ist ferner nicht wahr, daß F. mit dem ersten nach dem Unfalle abgehenden Zuge (2.30 Uhr nachmittags) nach dem Bergmannstrost gebracht worden ist. Der erste nach dem Unfalle abgehende Zug war der, welcher 1 Uhr 38 Min. in Theißen in der Richtung nach Weißenfels abfährt. Fabian ist erst mit dem Zuge um 3.38 Uhr nach Halle gebracht worden und nicht um 2.30 Uhr. Um diese Zeit führt überhaupt kein Zug von Station Theißen ab. Dies war irrtümlich in unsern Bericht gekommen und der Berichtigungsverfertiger ist gehörig hinein gefallen. Auch wird ferner behauptet, daß die Tragbahre in der Grube in bester Ordnung gewesen sei. Auch dieses läuft der Wahrheit zuwider. Das Leinenzeug war ganz verstockt und es mußten Schwaten auf die Tragbahre gelegt werden, damit der Verletzte nicht herunter fiel. **Jetzt befindet sich die Tragbahre allerdings in Ordnung.** (!)

Es ist ein starkes Stück, trotz dieser Windigkeiten uns mit einer Berichtigung zu belästigen. Es wird mit dem Berichtigungsparagraphen ein wahrer Unfug getrieben, und wir werden uns zu überlegen haben, ob wir die famosen Berichtigungen, die der Wahrheit schlank zuwider laufen, noch abdrucken. Durch auf Unwahrheit beruhende Berichtigungen werden die miserablen Zustände auf den Riebeckschen Werken nicht aus der Welt geschafft.

— **Aufgepaßt!** Gegenwärtig werden hier von den Kirchenverwaltungen die Kirchensteuern eingezogen. Dabei scheint man jedoch recht ungenau vorzugehen, wie überhaupt in den Büchern der Verwaltung ein sonderbarer Zustand herrschen muß. So kann z. B. der Bote auch zur Frau des Genossen L. und wollte die fälligen Steuern haben. Diese Genossin ist seit Jahrzehnten aus der Kirche ausgeschieden, hat sonst auch keinen Steuerzettel erhalten, bis man jetzt plötzlich entdeckt, daß auch sie eigentlich etwas zum Unterhalt der Kirche tun könnte. In einem anderen Falle war der Zettel ebenfalls auf den Namen der Frau ausgefertigt, obwohl auch diese — wenn wir nicht irren schon von Jugend auf — der Kirche nicht angehört. Da der Steuereinholer zu den Arbeiterfamilien am Vormittag kommt, wenn der Mann auf Arbeit ist, so mögen unsere Genossen ihren Frauen Anweisung geben, wie sie sich zu verhalten haben. Anschließend hieran wollen wir noch mitteilen, daß eine ganze Reihe von Arbeitern sich bereits Formulare zum Kirchenaustritt geholt haben. Die nächste Kreissynode wird also wieder diverse Pastorenklagen zu hören bekommen.

— **Beigelegt** sind, wie der Gauleiter der Tabakarbeiter im Auftrage der hiesigen Zahlstelle mitteilt, die Differenzen bei der Firma E. Siebert. Die Differenzen, nicht solche um Lohn, sind zugunsten der Arbeiter geregelt.

Weißenfels. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am nächsten Donnerstag, den 22. September, statt. Der Genosse Oeltzner wird über das Thema: Patriotismus und Sozialdemokratie" referieren. Wir ersuchen alle Mitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen, da das Thema geeignet ist, an dasselbe eine anregende Debatte anzuknüpfen. Um zu verhindern, daß der Schluß der Versammlung zu lange hinausgezogen wird, ersuchen wir alle Mitglieder, pünktlich um 8 Uhr zu erscheinen, da die Eröffnung präzise erfolgt.

Weißenfels. Lebhafte Klagen über die gottlose Zeit wurden auf der Kreissynode Weißenfels laut. Nach dem Berichte des Tageblatts richtete Pfarrer Maaß-Zorbau auf Grund des Schriftworts Römer 1, 16: „Ich schäme mich des Evangeliums von Christus nicht . . . an die Synodalen als Vertreter der christlichen Gemeinde die Frage: Wie steht's du zum Evangelium von Christus, d. h. zum Glauben an den lebendigen Gott? Herr Pfarrer Maaß muß ja seine Pappenheimer kennen, daß er es für notwendig hält, ihnen diese Frage vorzulegen. Er hat denn auch die Zuhörer tief hineingeführt in die Geistesströmungen der Zeit und in die großen Probleme des Lebens. Wenn er sagt, daß sich unsere Zeit nach Kraft, nach kraftvollen, das Leben tragenden Glauben sehnt, so müssen wir doch sagen, daß er wohl ein guter Bibelkenner sein mag, aber von den heutigen Zeitverhältnissen absolut nichts versteht, sonst müßte er finden, daß die Misere unserer Zeit eine Begleiterscheinung der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise ist, mit deren Beseitigung all die traurigen Zustände mit verschwinden werden. Freilich, zu einer solchen Anschauung kann und darf ein Gottesmann sich nicht aufschwingen. Daher betrachten die Arbeiter mit Recht sie als Söldlinge der besitzenden Klasse. Nein, Herr Pfarrer, nicht nach kraftvollem, das Leben tragendem Glauben sehnt sich das Volk, billiges Fleisch verlangt es und das ganz nachdrücklich. Das Sehnen nach dem Glauben überläßt es Ihnen gern. Freilich, die Fleischtöpfe der Herren Pfarrer sind gefüllt, die Arbeiterschaft aber mag sehen, wie sie zurecht kommt. Freilich soll das einmal anders gewesen sein, da soll man sogar drüberlich geteilt haben.

Superintendent Dr. Lorenz klagte dann in seinem Ephoralbericht über die kirchlichen und sittlichen Zustände in Stadt und Land, über mangelhaften Kirchenbesuch, besonders der Jugendgottesdienste. In der Stadt betragen die kirchlichen Begräbnisse etwa dreiviertel der Gesamtzahl der Beerdigungen. Der Abendmahlsbesuch ist von 12467 auf 11987 zurückgegangen. Die Jünglings- und Jungfrauenvereine haben nur einen bescheidenen Mitgliederbestand; nicht einmal das schöne Jugendheim wird von der Jugend so beachtet, wie es sein sollte.

---

2)

Um eine Liebesnacht.

Novelle von Emile Zola.

An lauen Sommerabenden, wenn alles rings umher schlief, da tönte aus dem nur von einer einzigen Kerze erhellten Gemache der leise Gesang der Flöte, und es klang wie ein zitterndes Liebesgeständnis.

Da er die Lieder auswendig konnte, so löschte er zumeist, ehe er zu spielen begann, das Licht aus, einerseits aus Sparsamkeit, und dann weil er die Dunkelheit liebte. Die Vorübergehenden hoben verwundert den Kopf und horchten, woher dieser zarte, hübsche Gesang, der wie Nachtigallenschlag klang, wohl kommen mochte?

Die alte Flöte hatte einen leichten Sprung, und daher glich ihr Ton ein wenig der zarten Stimme einer Rokoko-Marquise, die etwa die Leiden ihrer Jugend sehr richtig, aber mit leiser, leicht verschleierter Stimme vortrüge.

Der Gesang der Flöte war so zart wie leiser Flügelschlag, der sich im Rauschen der Nacht verliert.

Trotzdem fürchtete Julien beständig, daß man sich über sein Spiel in der Nachbarschaft beklagen könnte. Aber die Kleinstädter haben einen gesunden Schlaf, der nicht so leistl gestört wird. Zudem wohnten zur Rechten und zur Linken nur zwei alte Herren, ein Notar und ein pensionierter Hauptmann, die beide mit den Hühnern zur Ruhe gingen. Julien fürchtete mehr die vornehmen Bewohner gegenüber. Dort stand ein alter Herrensitz, ein geradliniger, grauer, trauriger Bau, der einen klösterlichen Eindruck machte. Eine Rampe mit kurzer Treppe, auf der Gras wucherte, führte zu einem hohen, nägelbeschlagenen Tore, das nie geöffnet wurde, denn der eigentliche Eingang in den Palast war an der entgegengesetzten Seite durch eine Gittertür, die in den Vorgarten führte. Die ganze Front, die Julien von seinen Fenstern aus sehen konnte, schien unbewohnt zu sein.

Die Fensterläden wurden täglich nur einmal zu einer bestimmten Stunde von einem Bedienten geöffnet und kurz darauf wieder geschlossen; die dunklen Seidenvorhänge waren dicht zugezogen und verrieten nichts, was hinter ihnen vorging. Julien dachte, wenn den Schloßbewohnern sein Flötenspiel lästig wäre und sie sich beklagen würden, müßte er es wohl aufgeben. Aber gegenüber blieb alles ruhig wie ausgestorben, und der Jüngling konnte ungehindert musizieren.

Das Schloß imponierte ihm gewaltig, namentlich der Park, dessen hohe Kastanienbäume mit ihren dichten Laubkronen über die Einfassungsmauer emporragten und wie ein dunkelgrüner See bis zu den alten Stadtwällen hinüber reichten.

So oft er an seinem Fenster lehnte und zu dem gewaltigen Bau hinüberblickte, überkam ihm fast eine fromme Scheu, wenn er sich das Innere dieses Schlosses ausmalte. In der Stadt erzählte man sich Wunderdinge von den Schätzen, die es enthielt, und behauptete, daß Fremde von weit herkämen, um es zu besichtigen. Man sprach auch viel von den heutigen Besitzern, eines alten Marquis von Marsanne. Julien hätte gern einen Widerschein von jener Pracht gesehen, aber wenn er auch stundenlang hinüberstarrte, die Fenster blieben geschlossen, und er sah nichts als das graue Gemäuer und die dunklen Kastanienlaubkronen. Es war wie ein verwunschenes Schloß aus einem Feenmärchen, in das kein Eingang führt und dessen Bewohner ewig unsichtbar bleiben. Still, stolz und düster lag es wie ein undurchdringliches Geheimnis vor ihm, und er fragte sich, ob vom Reichtu mderselbe düstere Friede ausginge, den er mit frommem Schauer von den hohen Wölbungen der Kirchen niederrieseln fühlte.

Am anziehendsten erschien ihm das Schloß des Nachts; wie ein dunkler Fleck hob es sich vom sternfunkelnden Firmament ab, und das Kastanienlaubdach schien ein schwarzer See. Nichts regte sich, kein noch so schwacher Lichtschimmer sickerte durch die Spalten der Fensterläden, es war wie ausgestorben, denn es fehlte ihm sogar jenes gewisse Etwas, das den bewohnten Häusern eigen, wo man die Atemzüge der Schlummernden zu vernehmen meint. Da faßte sich Julien ein Herz und begann zu spielen. Die süßen Töne flogen hinüber und schallten als Echo zurück; manche langgehaltene Note verlor sich bis in das Dunkel des Gartens, in dem sich nicht einmal ein Vogel regte. Es war, als ob die alte Flöte die alten Weisen vor Dornröschens Schloß erklingen ließe.

Eines Sonntagvormittags, als Julien aus der Kirche kam, erlebte er eine große Aufregung. Einer seiner Amtsgenossen, mit dem er auf dem Kirchplatze einige Worte wechselte, zeigte ihm plötzlich ein altes Paar und fügte hinzu, daß es der Marquis und die Marquise von Marsanne seien. Sie gingen so selten aus, daß Julien sie noch nie gesehen hatte. Beide waren hager und sahen ungemein feierlich aus; sie gingen gemessenen Schritts und erwiderten die tiefen Bücklinge der Vorübekommenden mit kaum merklichem Kopfnicken. Juliens Gefährte erzählte ihm noch, daß das Paar eine einzige Tochter besäße, Therese mit Namen, die sich zur Erziehung noch in einem Kloster befände, und daß der junge Kolombel, der Notarschreiber, der Milchbruder des Fräuleins sei.

Und richtig, gerade als die alten Leute um die Ecke biegen wollten, erschien der junge Schreiber, und der Marquis reichte ihm die Hand, eine Ehre, die er niemandem erwiesen. Julien empfand die Auszeichnung, die jenem zuteil wurde, fast wie einen Schmerz, denn Colombel war seit langem sein Feind. Er hatte ihn immer am meisten wegen seiner Schüchternheit verspottet und einmal alle jungen Dirnen der Vorstadt aufgestachelt, daß sie wie die Bacchantinnen ihn umkreisten und neckten. Am selben Abend kam es auf den Wällen zum Faustkampf zwischen Julien und Colombel, wobei letzterer übel zugerichtet den Kampfplatz verließ. —

Die eigentümliche Gemütsverfassung, in welche ihn das alte Feudalschloß versetzte, hatte leinerlei Einwirkung auf den äußeren Gang seines Lebens. Dieser blieb gleichförmig wie ein Uhrwerl: er ging in sein Amt, verzehrte seine bescheidenen Mahlzeiten, saß am Ufer des Thanteclair und lauschte seinem Rauschen. Allmählich legte sich auch seine Erregung, und nach Verlauf von zwei Jahren war er ganz an den Anblick des grauen Gemäuers mit den dunklen Fensterläden gewöhnt, es gehörte mit in den Frieden seines Daseins. Nur an jenem Tage, an welchem er den Marquis und die Marquise gesehen hatte, war er wieder aufs neue erregt gewesen, und am Abend blies er die Flöte noch leiser als zuvor.

Fünf Jahre schon wohnte Julien auf dem stillen Schloßplatze, als ein Ereignis eintrat, das seine Seele in Aufruhr brachte und den Frieden seines Lebens zerstörte.

Es war eine warme Julinacht, und der Himmel flimmerte voller Sterne. Er spielte wie gewöhnlich im Dunkeln, aber wie zerstreut, verlangsamte er das Tempo und hielt manche Töne lange an. Plötzlich öffnete sich drüben im Schlosse, gerade ihm gegenüber, ein Fenster, und heller Lichtschein erstrahlte daraus. Ein junges Mädchen erschien, lehnte sich heraus und lauschte. Julien erbebte und hörte zu spielen auf. Er konnte das Gesicht des jungen Mädchens nicht deutlich sehen, nur das dunkle Gelock ihres reichen Haares, das schon gelöst war, nahm er wahr. Und dann klang durch die Stille der Nacht eine feine Stimme: „Hast du nichts gehört, Francillon? Es klang wie Musik."

„Es wird eine Nachtigall gewesen sein," ertönte eine grobe Stimme aus dem Zimmer. „Gehen Sie acht, Fräulein, es gibt Fledermäuse, schließen Sie lieber das Fenster."

Drüben verschwand das Licht, und das ganze Gebäude versank wieder in Dunkelheit, Julien aber verharrte auf seinem Platze und starrte wie verzaubert nach der Stelle, wo er die leuchtende Erscheinung gehabt. Die Erregung zitterte in ihm noch nach, und er wußte nicht, ob er sich über dies Ereignis freuen sollte. Endlich nahm er die Flöte wieder auf, spielte unendlich zart und lächelte bei dem Gedanken, daß das junge Mädchen wahrscheinlich vermeinen werde, eine Nachtigall zu hören.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219100922-13/fragment/page=0009

Dies konnten wir den Herrschaften gleich sagen. Einrichten, von der besseren Klasse getroffen, stehen die Arbeiter klipp und klar gegenüber, wozu sie alle Ursache haben. Arbeiter schicken ihre Kinder in das proletarische Jugendheim und wir kennen Herrn Dr. Lorenz verraten, daß der Sozialismus ein sehr harter ist. Aus der Kirche sind nach dem Bericht 32 ausgetreten. Wenn wir als Arbeiter mit dem Bericht zufrieden sein können, so soll er uns doch ein Ansporn sein, dafür zu sorgen, daß er im nächsten Jahr noch besser für uns ausfällt. Folgende Resolution wurde angenommen: „Kreissynode Weißenfels spricht einstimmig ihr Mißfallen darüber aus, daß in der Stadtgemeinde Weißenfels die Errichtung von Bordellen seitens der Polizeiverwaltung gestattet worden ist. Der Vorstand der Synode wird ermächtigt, sich zur Begründung dieser Resolution und behufs Abhilfe auszuführlich an die Polizeiverwaltung zu wenden.

Wer sind denn die Leute, die ihre Grundstücke zur Verfügung gestellt, die Bordelle eingerichtet haben, und wer sind die Besucher? Alles doch wohl Leute, die sich „nach Kraft, nach Kraftvollem, das Leben tragenden Glauben sehnen," also Angehörige der christlichen Kirche.

Kretzschau. Die Entdeckung des Reichsverbändlers. Der bekannte Reichsverbandsagitator aus Halle hat hier am Sonnabend im Kreise weniger Auserwählter die „politische Lage" besprochen, d. h. mit anderen Worten, seinen Zuhörern Einigkeit gegen die Sozialdemokratie gepredigt. Das ist nun mal der Beruf dieses Mannes und deshalb lassen wir ihn auch ungestört reden. Eine einzige Stelle seiner Rede enthält etwas neueres. Der Mann sagte nämlich auch folgende Worte: „Deshalb (weil die Soz. nach dem 1. Teil ihres Programms den „Umsturz" erstreben) ist es auch nicht richtig, die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei zu betrachten, vielmehr ist sie eine Umsturzpartei, die durch großartig angelegte Organisation den Arbeiter dem Umsturz dienstbar macht. Die größte Gefahr liegt aber nicht in der politisch tätigen, sondern in der stillen Sozialdemokratie, den sogen. Arbeitervereine, Gesangs- und Radfahrervereinen, ganz besonders aber den Jugendorganisationen."

Na also! Nicht die politisch tätigen Genossen sind die gefährlichsten, sondern durch Sport und Gesang wird der schlimmere Teil des „Umsturzes" besorgt. Wir wissen aber noch weit gefährlicheres, wenn die Reichsverbändler nämlich noch mehr solche Agitatoren derartig reden lassen, dann kann es leicht kommen, daß selbst das nationalste Gehirn umgestürzt wird. Vieler Mühe bedarfs da gar nicht mehr.

Bergisdorf. Gemeindewahlsieg. Bei der Gemeindevertreterwahl am 19. d. M. wurde Genosse Maurer G. Wenzel mit 19 Stimmen gewählt. Die Gegner hatten keine Kandidaten aufgestellt. Die Beteiligung an der Wahl war leider sehr schwach.

Eisleben. Der Fingerabhacker, Feldpolizist Maaß, hatte durch seinen „Augenzeugen" berichten lassen, daß der Streit von dem Hauswirt angezettelt worden sei. Jetzt veröffentlicht der Verleger im Eisleber Tageblatt ein Eingesandt, aus dem hervorgeht, daß der Polizist ziemlich rasch mit dem Säbelziehen bei der Hand war. Er schreibt:

„Auf die Notiz betreffs der blutigen Schlägerei in der Ottostraße Nr. 5 habe ich als Hauswirt zu erwidern, daß es sich nicht um einen, sondern um fremde Hunde handelt, welche der M., bloß um mich zu reizen, mit in die Wohnung brachte. Der M. hat noch nicht einmal Erlaubnis, Hunde zu halten. Es ist dem M. sogar von den städtischen Behörden geboten, den Hund abzuschaffen oder ihn im Stalle zu halten. Diesen Anordnungen hat M. aber nicht Folge geleistet; er hielt den Schäferhund, welcher im höchsten Grad scheuwinisch war, fast den ganzen Tag und auch nachts wochenlang in der Küche eingeschlossen, und machte somit die Küche zum Hundestall. Schließlich fühlte ich mich gezwungen, das zweite Mal zum Herrn Bürgermeister zu gehen, um erneute Beschwerde einzureichen. Die Stubennachbarn haben des nachts die Sauerei auf dem Flur im dunkeln ausgerenten, und haben alles mit den Füßen in ihre Wohnung getragen. Ich mache jeden Hauswirt in solchen Fällen darauf aufmerksam, sich vorzusehen beim vermieten. Auch am 15. dis. Mts. brachte M. wieder einen fremden Hund mit, um nur eine Gelegenheit zu haben, mit mir anzufangen, zu zanken. Ich sagte dem M., bringen Sie wieder einen fremden Hund mit herein in mein Haus, dann schmeiße ich ihn hinaus. Darauf erwiderte M. mit Schimpfworten. Dabei hat mich M. angegriffen und gegen die Brust gestoßen, worauf ich mit der Wasserwage, welche ich in der Hand hatte, um etwas abzuwiegen, den M. schlug; ich war also in großer Notwehr. M. hieb nun mit gezogenem Säbel auf mich ein und schlug mir den Finger durch, daß er abgenommen werden mußte".

Aus leicht begreiflichen Gründen enthalten wir uns vorläufig jeden Kommentars, bis die jedenfalls nachfolgende Gerichtsverhandlung Klarheit über die Handlungsweise des Polizisten bringen wird.

Mansfeld. Die neue Bahnlinie Mansfeld-Wippra ist nun vermessen und abgesteckt. Sie beginnt am Bahnhof Mansfeld und führt an Klostermansfeld vorüber nach Leimbach. In der Nähe der Eckardhütte ist der Bahnhof Mansfeld geplant. Das Dorf Wetterode wird in einer großeren Kurve umgangen. Die Linie folgt sodann dem Laufe des Wipperflusses und läßt den großen gewerkschaftlichen Vatteröder Teich und die romantisch gelegene Klippmühle rechts liegen. Ebenso das Dorf Biesenrode. Unterhalb des Schlosses Rammelburg verengt sich das Tal sehr. Es ist aber gelungen, ohne Anlage eines Tunnels diese Talenge zur Führung der Bahnlinie zu benutzen. Auch im oberen Wippertale, hinter Rammelburg, hält sich die Linie — an Friesdorf vorbei bis Wippra — auf der rechten Seite des Flusses. Die Bahn erschließt den schönsten Teil des anmutigen Wippertales und wird zweifellos den von ihr berührten Ortschaften einen erheblichen Aufschwung bringen.

Sangerhausen. Schöne Pläne. Die Presse berichtet, daß der neugegründete Bürgerverein Sangerhausen zu einer Waldstadt machen will. Es sollen Ländereien um die Stadt herum erworben und aufgeforstet werden, um so nach und nach einen Waldgürtel um die Stadt zu schaffen. Dann sollen weitere Verschönerungen in der Stadt und eine Erweiterung des kleinen Stadtparks beim Rosarium angestrebt werden. — Die Ausführung solcher Pläne kostet einen ziemlichen Batzen Geld. Es ist hinreichend bekannt, daß, wenn unsere sogenannten Patrioten und Volksfreunde blechen sollen, sie sich fein zu drücken verstehen. So werden auch die Hoffnungen, Sangerhausen mit einem Waldgürtel zu umgeben, nur Hoffnungen bleiben.

Delitzsch. „Arbeitersekretär" Franke auf Reisen. Im Inseratenteil der hiesigen Zeitungen machte der von uns schon gebührend gekennzeichnete „Arbeitersekretär" Th. Franke aus Eilenburg eine lebhafte Reklame für sein nationales Arbeitersekretariat. In der letzten Sonntagsnummer des Delitzscher Tageblattes setzt Herr Th. Franke seine Werbetrommel fort, indem er die Satzungen des „Nationalen Arbeiter- und Unterstützungsvereins für Eilenburg und Umgegend" veröffentlicht. Wenn man es auch nicht wußte, schon ein Blick auf diese Satzungen zeigt, daß dieses Vereinchen ein Ableger des berüchtigten Reichsverbandes zur Verunglimpfung der Sozialdemokratie ist, in dessen Auftrag Herr Th. Franke sich vergeblich abmüht, die Arbeiter unter der Aufsicht des Unternehmertums mit nationalen Phrasen und Wohltätigkeitsspielereien zu verblöden. Der Hauptzweck der Tätigkeit des Herrn Franke ist „die Herbeiführung des sozialen Friedens mit den Arbeitgebern". Und zwar soll das erreicht werden durch **„Pflege und Betätigung patriotischer Gesinnung zum Schutze gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Organisation".** Die Lage der Arbeiter soll dadurch „verbessert" werden, daß sie „die Lehre vom Klassenhaß und Klassenkampf als vernunftwidrig und unsittlich verabscheuen und die von der Sozialdemokratie und ihren Gesinnungsgenossen so oft lediglich im parteipolitischen Interesse angezettelten frivolen Streiks, durch die die Arbeiter mit ihren Familien in bitterste Not gerieten," bekämpfen.

Und um diesen „edlen" Zweck plausibel zu machen, wird dreist darauf losgeflunkert, die Interessen der Arbeiter und Unternehmer seien „überwiegend gleichlaufend". Das ist selbst für die sprichwörtlich gewordene Wahrheitsliebe der edlen Reichsverbandsgesellschaft ein bißchen stark, und es dürfte wohl kaum noch einen vernünftigen Arbeiter in Delitzsch geben, der auf diesen plumpen Unternehmertrick hineinfällt.

Eilenburg. Fahrplanerweiterung. Der im Anschluß an die Nachtschnellzüge D 173 ab Leipzig 11,25 Uhr und D 103 ab Halle 11,10 Uhr in der Nacht nach Sonn- und Festtagen verkehrende Personenzug ab Eilenburg 12 Uhr, an Pretzsch 1,22 Uhr wird vom 1. Oktober an auch in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag jeder Woche gefahren.

Roitzsch, Kreis Torgau. Eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel fand hier am Sonntag im Gehöft des Herrn Wilhelm Meißner statt. Als Referent war Genosse Niebuhr-Halle erschienen, der unter dem Thema: Sozialistenfurcht und Kriegsgehetze die politische Situation eine Beleuchtung unterzog. Leider hatte der Besuch der Versammlung unter gegnerischem und behördlichem Terror zu leiden. Es möge erwähnt werden, daß die in den umliegenden Forsten beschäftigten Waldarbeiter, die sehr gern gekommen wären, am Tage zuvor vom Förster zu einer „Instruktion" zusammen berufen wurden, wobei ihnen erklärt ward, daß keiner von ihnen die Versammlung besuchen dürfe, sonst . . . nun das „sonst" kann sich jeder leicht ausdenken. Hierdurch wurde es erreicht, daß tatsächlich kein einziger Waldarbeiter an der Versammlung teilnahm. — Wir meinen, daß es sehr faul um die „nationale" Sache stehen muß, wenn sie solcher schäbigen Mittel zur Abwehr des „inneren Feindes" bedarf. Bei der Reichstagswahl wird es sich zeigen.

Kleinleipisch, Grünewalde, Gorden. Oeffentliche Volksversammlungen finden am nächsten Sonnabend und Sonntag in diesen benachbarten Orten statt. In Gorden findet die Versammlung auf dem Hofe des Landwirts Walther statt, da die beiden Wirte am Otte die Hergabe ihrer Lokale den Arbeitern verweigern. Die genasführten Arbeiter mögen sich das Vorgehen der Wirte zu Herzen nehmen und den Herren keinen Groschen mehr hintragen. Sämtliche Gastwirte im Bezirk achten die Wirte auf gleichberechtigt, nur die Gordener wollen von der Arbeiterkundschaft nichts wissen. Arbeiter von Gorden, üb klassensolidarität, indem ihr fur starken Besuch der Versammlungen agitiert und die arbeiterfeindlichen Wirte meidet.

Altenburg. Eine klatschende Ohrfeige. Zu der vom Ministerium angeregten Ausmerzung der Sozialdemokraten aus den Schulvorständen im Herzogtum Altenburg schreibt die Lehrerzeitung für Thüringen und Mitteldeutschland in ihrer neuesten Nummer: „Das herzogliche Kultusministerium ist den Wünschen der hiesigen konservativ-agrarischen Presse, die Wahl von sozialdemokratischen Schulvorstandsmitgliedern durch Abänderung des Schulgesetzes unmöglich zu machen, auf halbem Weg entgegengekommen, und es erläßt im Amts- und Nachrichtsblatt usw." Es folgt die bekannte Bekanntmachung des Herrn Artur von Borries, Ehrendoktor der Theologie, und im Anschluß daran wird ausgeführt: „Dieser Erlaß richtet sich in erster Linie gegen die bürgerliche Mehrheit des Altenburger Bürgervorstandes, welche einen hiesigen sozialdemokratischen Redakteur mit in den Schulvorstand wählte. Sehr konservative Herren traten für die Wahl von Sozialdemokraten ein, da sie die Mitwirkung von Vertretern der äußersten Linken im Schulvorstande für ersprießlich hielten. Sicherlich kannten sie die antimonarchischen und religionsfeindlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Wahrscheinlich aber waren sie der Meinung, daß der Schulvorstand nicht den geringsten Einfluß auf die Gestaltung des inneren Schulbetriebes hat, daß die Sozialdemokraten in dieser Körperschaft daher keine Gelegenheit haben, ihre umstürzlerischen Forderungen zu verwirklichen und daß es die Regierung bei Pflichtwidrigkeiten einzelner Schulvorstandsmitglieder ja an der Hand hat, dieselben ihres Amtes zu entheben. **Bisher hat noch kein in den Schulvorständen des Landes tätiger Sozialdemokrat der Regierung Gelegenheit zu dieser äußersten Maßnahme gegeben; die Vertreter dieser Partei haben vielmehr nach sachverständigem und gerechtem Urteil bisher nur zum Segen des Schulwesens gearbeitet."**

Das ist eine klatschende Ohrfeige für den Herrn Minister Artur von Borries.

Allerlei.

Eisenbahnkatastrophen.

Wien, 20. September. Bei Rottermann (Steiermark) hat sich heute um ½3 Uhr nachts ein **furchtbares Eisenbahnunglück** ereignet. Der Schnellzug 102, der um 7 Uhr 50 Min. abends von Pontafel abging, und der Schnellzug 101, der um 9 Uhr abends Wien verläßt, sind dort zusammengestoßen. **Die Lokomotiven bohrten sich ineinander und türmten sich auf. Mehrere Wagen wurden zertrümmert.** Die ersten Depeschen über die Katastrophe melden **10 Tote und 6 Schwerverwundete.** Nähere Einzelheiten fehlen. Die verunglückten Schnellzüge gehören zu den frequentiertesten des internationalen Reiseverkehrs nach Benedig.

Wien, 21. September. Die Ursache der Eisenbahnkatastrophe ist bereits aufgeklärt. Schuld an dem Unglück ist der Stationsbeamte in Selztal, der den Wiener Schnellzug passieren ließ, ohne daß der von Pontafel entgegenkommende Schnellzug bereits eingefahren war. Da die Strecke nur eingleisig ist, so mußte der Zusammenstoß der beiden Züge erfolgen.

Lissabon, 20. September. In der Nähe von Oporto (Portugal) entgleiste ein Zug, worin sich mehrere 100 Passagiere befanden. **Ueber Hundert der Reisenden erlitten Verletzungen,** darunter mehrere **lebensgefährliche.**

Unwetter im Rheinland.

Am Montag abend gingen in der Rheinprovinz außerordentlich schwere Gewitter nieder, die von wolkenbruchartigem Regen begleitet waren. In den Rheiniederungen sind große Ueberschwemmungen eingetreten, die durch das vom Oberrhein gemeldete Hochwasser weiteren Zufluß erhalten, so daß schwere wirtschaftliche Schäden zu erwarten sind. Der Blitz hat, nach den verschiedenen Feuerscheinen zu urteilen, in verschiedenen Ortschaften gezündet. Besonders in den Weinbergen, wo die Weinlese bereits begonnen hat, ist unabsehbarer Schaden angerichtet worden.

Opfer der Arbeit.

Ein folgenschweres Unglück, bei dem **zwei Personen getötet und drei verletzt** wurden, ereignete sich Dienstag morgen **im Hamburger Stadtteil Rotenburg,** in dem sich viele Arbeiterwohnungen befinden. Unmittelbar am Bahndamm der Berlin-Hamburger Eisenbahn wird die Bildstraße verlängert. Mit den Erdarbeiten wurde bereits vor einem Vierteljahre begonnen. Heute morgen um 6½ Uhr erfolgte plötzlich der Einsturz und fünf Arbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen. Drei von ihnen konnten lebend geborgen werden, während zwei unter den zerbrochenen Versteifungshölzern und Erdmassen in einer Tiefe von sechs Meter verschüttet wurden.

Auf den fiskalischen Gruben Rothehan erfolgte ein Seilbruch. Infolgedessen stürzte ein Kübel in die Tiefe, von dem herabstürzenden Gefäß wurden 5 Mann getroffen, von denen **einer sofort getötet** wurde, während **drei schwer** und einer leichter verletzt wurde.

Die Skandalaffäre in Bremen,

die im April ds. Js. peinliches Aufsehen erregte und zu einer großen Anzahl Verhaftungen führte, gelangte Montag vor der **Bremer Strafkammer zur Verhandlung. Angeklagte waren, 12 Personen.** Der Haupttäter war ein Schiffsingenieur, in dessen Wohnung die Angeklagten zusammenkamen, nachdem sie ihre Opfer dorthin verschleppt hatten. **Zahlreiche Knaben im Alter von 13 bis 16 Jahren traten als Zeugen auf.** Die Angeklagten hatten die jungen Leute durch Opiumzigaretten und andere **Mittel bewußtlos gemacht.** Die Verhandlung fand unter völligem Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Das Urteil wurde gegen Mitternacht verkündet. Es lautete gegen den Schiffbauingenieur H. (bei „besseren Leuten" wird der Name immer schamhaft verschwiegen! D. R.) auf **1½ Jahre Gefängnis.** Zwei Angeklagte erhielten einen und zwei Monate und zwei junge Leute je eine Woche Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Darmstadt, 20. September. **Wegen Verbrechens gegen das keimende Leben** verhandelte heute die Strafkammer in Darmstadt gegen den 28jährigen verheirateten Chemiker und Fabrikbesitzer Wilhelm Schwaner aus Offenbach. Nach der unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführten Unterhandlung wurde Schwaner zu **sechs Monaten,** die Packerin Storf zu drei **Monaten Gefängnis** verurteilt.

Von der Cholera.

Wie die Schles. Ztg. meldet, ist der im Ficinusschachte der Laurahüttegrube beschäftigte Häuer Ignatz Bainczyk aus Josefsdorf unter Verdacht der Choleraerkrankung in die Isolierbaracke des Knappschaftslazarettes in Siemianowitz eingeliefert worden.

Grabschänder.

Brünn, 19. September. Sonntag nacht wurde der jüdische Friedhof der Gemeinde Orlow vollständig zerstört. Die Gräber wurden aufgerissen, etwa 40 Grabsteine umgeworfen und die Nummern zerschlagen. An der Tat müssen drei bis vier Personen beteiligt gewesen sein. Von den Tätern fehlt jede Spur. Vor etwa Jahresfrist wurde der Friedhof in Butkowitz in gleicher Weise zerstört.

Stadt-Theater.

Der Troubadour. Oper von Guiseppe Verdi.

Dem melodienreichsten Werke des nachmaligen italienischen Senators wurde gestern eine Aufführung bereitet, die in mehrerer Hinsicht interessant war. Einmal wendete sie sich an den, der mit nachdenklicher Freude gern dem Werdenden folgt. Dann bot sie aber auch den Vielen etwas, die das Neue selbst dem Guten vorziehen, wobei natürlich nicht vom Stück die Rede ist. Eine in diesem Sinne interessante Aufführung kann nun freilich keine völlig abgerundete sein und wir sind überzeugt, daß gestern viele mit einem Kopfschütteln über das Manrico-Experiment das Theater verließen.

Gustav Pawlowsky als Manrico bedeutete wirklich ein Experiment, von dem wir nicht sagen wollen, daß es ganz gelungen sei. Jung, frisch, tapfer und stolz soll Manrico sein; ganz sorgloses Selbstbewußtsein und Hoffnungsfreudigkeit bis zum letzten, bildet er den Gegenpol zum düsteren Luna, zur tragischen Gestalt der Azucena. Sind diese beiden durch routinierte Kräfte vertreten, wie gestern, so muß die Unbehostenheit des Manrico das Gleichgewicht des Werkes zerstören. Und das Anfangertum überfiel diesen Manrico immer wieder nach den schönsten Ansätzen zur Losmachung von allem Unfreien und Hinderlichen. Wenn wir trotzdem die Aufführung und die Titelfigur nicht als mißlückt bezeichnen, so deshalb, weil der junge Künstler etwas verspricht. Er hat wertvolles Material, das gehoben werden muß. Aber es wird noch recht langer Ausbildungszeit bedürfen, bis der fertige Gestalter zu begrüßen ist. Der Beifall, der ihm gestern zuteil wurde, möge als Ermunterung gelten.

Neu waren für uns Otto Rudolph als Graf Luna, Ruth Ashley als Azucena, Karl Kruthoffer als Ferrando. Rudolphs bedeutende Gesangskunst und Darstellungskraft hob den Grafen weit mehr hervor, als das im üblichen Rahmen möglich wäre. Ruth Ashley wob in die südliche Leidenschaft der Zigeunerin vibrierende Töne warmer Innerlichkeit. Karl Kruthoffer unterstrich die Würde des gräflichen Vertrauten. Angenehm überraschte die Frische, mit der Alice von Boer die Leonore sang. Auch im Spiel wurde sie der unglückgeweihten Gräfin gerecht. Man darf also erwarten, daß die Künstlerin ihren alten Platz im hiesigen Opernensemble wieder vollständig ausfüllen wird. Bei den kleineren Partien sind Anstände nicht zu erheben.

Der Chor war besser als sonst; noch ist er nicht so überanstrengt wie zum Saisonschluß. Ein Zigeunertanz im dritten Akt war charakteristisch und befriedigte. Kapellmeister Mörike dirigierte die alten Kräfte des Orchesters mit Energie und Achtsamkeit. Schade, daß das applaudierende Böotiertum konsequent die mühsam herausgearbeitete Schlußwirkung jedes musikalischen Bildes verdarb.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Budgetdebatte auf dem Parteitage

behielt auch am Mittwoch vormittag, wie uns telephonisch aus Magdeburg mitgeteilt wird, ihren lebhaften Charakter bei; zeitweise herrschte starke Erregung. Die Genossin Luxemburg legte ausführlich dar, daß einige Badenser selbst die Erringung wesentlicher Vorteile bezweifelt hätten. Die Redezeit war inzwischen abgelaufen, ohne daß die Genossin Luxemburg zu Ende gekommen ist. Die Badenser erhoben einen starken Lärm, um die Genossin am Weiterreden zu hindern. Es entstehen so stürmische Kundgebungen, daß dadurch ein Weitersprechen minutenlang unmöglich war.

Als sich der Sturm gelegt hatte, stellte Genosse Dittmann unter allseitiger Zustimmung des Parteitages fest, daß die bisherigen Diskussionsredner sämtlich ihre Ausführungen beenden konnten und daß die Opposition der Süddeutschen ein Gewaltakt gegen die Genossin Luxemburg bedeutet.

Es sprachen dann noch einige weitere Redner, so Klara Zetkin und Ledebour unter größter Aufmerksamkeit des Parteitags. Jedenfalls wird die Budgetfrage heute zu Ende geführt.

Literarisches.

Die Extranummer des Wahren Jacob, die als Gedenkblatt an den Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß erscheint, liegt uns jetzt vor. Ein längerer Aufsatz über die Internationale in Kopenhagen wird illustriert durch zwei gelungene photographische Aufnahmen vom Meeting in Söndermarken, eine Zeichnung von der Eröffnungssitzung und eine Aufnahme von der Schlußsitzung des Kongresses, ferner vier Aufnahmen vom Ausflug des Kongresses nach Skodsborg und drei Aufnahmen vom Empfang des Kongresses im Rathaus durch die Kopenhagner Stadtverwaltung. Das Rathaus selbst und sein Festsaal sowie das Kongreßgebäude werden noch in besonderen Bildern vorgeführt. Lebhaftes Interesse wird das Faksimile des angeblichen Briefes des französischen Ministerpräsidenten Briand an den Kongreß erwecken, dem eine getreue Uebersetzung beigegeben ist. Der Beifall, den der dänische Sozialistenmarsch bei sämtlichen Kongreßteilnehmer fand, hat veranlaßt, daß in dieser Extranummer der deutsche Text dieses Freiheitsliedes unter Beigabe des Notensatzes zur Veröffentlichung gelangt. Schließlich sei noch erwähnt, daß der den Lesern des Wahren Jacob schon lange als vertrauenswürdige Persönlichkeit bekannte „Hamburger Fliegenwirt Claus Swartmuul" in dieser Nummer auch einen Bericht über seine Erfahrungen als „Kongreßbummler" erstattet. Der Preis der Nummer ist 10 Pfg. Sie ist durch die Volksbuchhandlung, sowie vom Verlag Paul Singer in Stuttgart zu beziehen. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219100922-13/fragment/page=0010